
Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa Gibt es einen Zusammenhang?

Ergebnisse und Empfehlungen
einer Studie aus fünf Ländern

David Feldman

Das Forschungsprojekt wurde von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) mit Sitz in Berlin initiiert und gefördert und unter der Leitung des Pears Institute for the study of Antisemitism, Birkbeck, University of London, durchgeführt.

Die vollständigen Berichte für diese Studie können unter folgenden Adressen heruntergeladen werden:

- Stiftung EVZ: www.stiftung-evz.de.
- Pears Institute for the study of Antisemitism: www.pearsinstitute.bbk.ac.uk.

Dieser Bericht wird unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC BY NC ND 3.0) veröffentlicht, welche die Weitergabe, Vervielfältigung und Verbreitung der Publikation zu nichtkommerziellen bildungsbezogenen und öffentlich-politischen Zwecken gestattet, sofern die Autoren vollständig genannt werden.

Für die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten ist allein der Autor verantwortlich.

© David Feldman

April 2018

ISBN: 978-0-9928670-2-7

Herausgegeben von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), Berlin, und dem Pears Institute for the study of Antisemitism, University of London.

Stiftung EVZ
Friedrichstraße 200
10117 Berlin

www.stiftung-evz.de

The Pears Institute for the study of Antisemitism
Birkbeck, University of London
School of Social Sciences, History and Philosophy
26 Russell Square
London WC1B 5DQ

www.pearsinstitute.bbk.ac.uk

Entworfen von Soapbox www.soapbox.co.uk

Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa Gibt es einen Zusammenhang?

Ergebnisse und Empfehlungen
einer Studie aus fünf Ländern

David Feldman

Danksagung

Dieser Bericht ist das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen und hätte ohne die Einblicke, die harte Arbeit und das Wohlwollen der Kollegen, welche die nationalen Studien, die dieses Dokument untermauern, erstellt haben, nicht verwirklicht werden können: Marco Martiniello und Muriel Sacco (Belgien), Nonna Mayer und Elodie Druez (Frankreich), Stefanie Schüler-Springorum und Mathias Berek (Deutschland), Leo Lucassen und Annemarike Stremmelaar (Niederlande) sowie Ben Gidley, Jan Davison, Rachel Humphris und Ieisha James (Vereinigtes Königreich). Sowohl dieser Bericht als auch die nationalen Berichte haben erheblich von den Kenntnissen und der Sorgfalt unserer Lektorin Elizabeth Stone profitiert. Jan Davison hat einen wesentlichen Beitrag sowohl zur Verwirklichung des Projekts als Ganzes als auch zu diesem Abschlussbericht geleistet.

Inhalt

Akronyme und Abkürzungen	4
Vorwort	5
1 Einführung	7
2 Zusammenfassung	8
3 Definitionen und Methodik	9
4 Dimensionen der MENA-Immigration	10
5 Antisemitismus	12
Wahrnehmungen und Besorgnis unter Juden	12
In Bezug auf aktuelle MENA-Migranten geäußerte Bedenken	13
6 Antisemitismus messen	17
Einstellungen gegenüber Juden	17
Verbrechen und Bedrohungen	21
7 Gesellschaftliche und politische Konzentrationen des Antisemitismus	23
Muslime und Antisemitismus	23
Antisemitismus und Rechtsextremismus	25
8 Muslimische Minderheiten	27
Muslime: Vorurteile und Benachteiligung	27
Die Einstellungen und Prioritäten der aktuellen Flüchtlinge	29
9 Ergebnisse	31
10 Empfehlungen	33
Endnoten	35
Anlagen	37
Das Forschungsteam	37
Biografien	38

Akronyme und Abkürzungen

ADL	Anti-Defamation League (Antidiffamierungsliga)
BLEW	Stichting Bij Leven en Welzijn (Stiftung für Leben und Wohlergehen)
CNCDH	Commission Nationale consultative des Droits de l'Homme (Nationale Beratungskommission für Menschenrechte)
CNRS	Centre national de la recherche scientifique (Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung)
DILCRAH	Délégation interministérielle à la Lutte contre le Racisme, l'Antisémitisme et la Haine anti-LGBT (Interministerielle Kommission für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen die LGBT-Gemeinschaft)
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung and Zukunft
FRA	European Agency for Fundamental Rights (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte)
ISIS	Islamischer Staat im Irak und in Syrien
JPR	Institute for Jewish Policy Research (Institut für jüdische Politikforschung)
MENA	Middle East and North Africa (Nahost und Nordafrika)
NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
NVA	Nieuwe Vlaamse Alliance (Neu-Flämische Allianz)
PVV	Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit)
SGP	Staatskundig Gereformeerde Partij (Reformierte Politische Partei)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
VNL	VoorNederland (Für die Niederlande)

Vorwort

Liebe Leser,

Antisemitismus ist ein Teil unseres täglichen Lebens und bleibt auch weiterhin ein Phänomen, das den Zusammenhalt zwischen demokratischen Gesellschaften auf ganz spezielle Art und Weise bedroht. Wir wissen, dass antisemitische Tendenzen die Türen für weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit öffnen können.

Seit der Gründung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) ist es unser Ziel, einen Raum zu schaffen, in dem Strategien gegen Vorurteile und Diskriminierung entwickelt und in dem die Bedeutung einer wertebasierten demokratischen Interaktion in Europa und der Welt erlebt werden kann.

Die aktuelle Zunahme der Flüchtlingsbewegungen hat eine Debatte darüber ausgelöst, ob es zwischen der Präsenz von Flüchtlingen, insbesondere aus Ländern der Region Nahost und Nordafrika (MENA), und zunehmend antisemitischen Tendenzen in Europa eine Verbindung gibt. Im Rahmen dieser Diskussion wird oft darauf hingewiesen, dass die hier ankommenden Flüchtlinge in Gesellschaften aufgewachsen sind, in denen Antisemitismus und Feindseligkeit gegenüber Israel in Staat und Gesellschaft verankert sind, und dass sich diese Ideologien mit nicht nur antiwestlichen, sondern auch stark antisemitischen Sichtweisen in den vergangenen Jahrzehnten in der MENA-Region verbreitet haben. Durch soziale Medien und andere Instrumente der globalen Kommunikation erreichen diese Ideologien auch MENA-Migranten in Europa, die bereits lange Zeit hier leben.

In den letzten Jahren haben in Mittel- und Westeuropa lebende Juden ebenfalls ihre Angst vor zunehmendem Antisemitismus und einer Bedrohung ihrer Sicherheit geäußert. Wir müssen auf diese Bedenken eingehen und sie ernst nehmen.

Eine Arbeitsgruppe mit internationalen Mitgliedern ist daher unter der Leitung von David Feldman vom Pears Institute for the Study of Antisemitism, Birkbeck, University of London, der Frage nachgegangen, ob zwischen Antisemitismus und der Präsenz von Flüchtlingen in europäischen Gesellschaften eine Wechselwirkung besteht. Die Gruppe hat sich dabei auf Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich konzentriert.

In diesem Abschlussbericht werden die Ergebnisse der fünf Länderstudien zusammengefasst und Empfehlungen darüber ausgesprochen, wie die europäische Politik und Zivilgesellschaft sich stärker gegen Antisemitismus und andere Formen von Vorurteilen, einschließlich der Islamfeindlichkeit, einsetzen und in diesem Kampf unterstützt werden können. Genau aus diesem Grund wurde das Projekt von der Stiftung EVZ ins Leben gerufen.

Der Bericht zeigt auf, dass MENA-Migranten eine heterogene Gruppe sind, deren Präsenz in Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich stark variiert. Der Bericht macht außerdem deutlich, dass, ungeachtet einiger länderspezifischer Unterschiede, die Einstellungen gegenüber Juden weitgehend positiv sind und die Statistiken für dokumentierte antisemitische Hassverbrechen und sonstige Vorfälle insgesamt keine steigende Tendenz aufweisen.

Obwohl die Länderberichte bestätigen, dass antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen in muslimischen Minderheiten – genau wie in rechtsextremistischen Gruppierungen – unverhältnismäßig hoch ausgeprägt sind, deuten weder die Auswertung bestehender Daten noch die für diesen Bericht durchgeführten Befragungen auf eine signifikante Verbindung zwischen aktuellen MENA-Migranten und dem Ausmaß oder der Gestalt des Antisemitismus in westeuropäischen Gesellschaften hin. Antisemitismus ist ein Problem, das der Mehrheitsbevölkerung entspringt und nicht ausschließlich oder überwiegend von Minderheiten herrührt.

Interessanterweise liegt hier ein Schwerpunkt auf Nachkommen früherer Einwanderer der zweiten und dritten Generation und nicht auf den Flüchtlingen der letzten Jahre. Dies sagt viel über die Schwierigkeiten der Integration dieser Minderheiten in europäischen Gesellschaften aus, einem Thema, dem im Rahmen der Antisemitismusdebatte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Diese Beobachtung steht auch in Einklang mit den Ergebnissen anderer aktueller Berichte zum Antisemitismus in Deutschland und im Vereinigten Königreich.

Wir hoffen, unter Akademikern, politischen Entscheidungsträgern, Politikern und Akteuren in der Zivilgesellschaft auf nationaler sowie europäischer Ebene eine breite und kritische Diskussion zu entfachen. Die Stiftung EVZ, die auch die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus in Mittel- und Osteuropa unterstützt, wird gern an dieser Diskussion teilhaben.

Ich möchte David Feldman für seinen herausragenden Beitrag zur Verwirklichung und Leitung dieses länderübergreifenden Projekts sowie für die in Zusammenarbeit mit Ben Gidley erfolgte Erstellung des Berichts für das Vereinigte Königreich danken. Mein Dank geht weiterhin an Marco Martiniello und Muriel Sacco für den Bericht zu Belgien, an Nonna Mayer und Elodie Druez für den Bericht zu Frankreich, an Stefanie Schüler-Springorum und Mathias Berek für den Bericht zu Deutschland, an Leo Lucassen und Annemarike Stremmelaar für den Bericht zu den Niederlanden und zu guter Letzt an Jan Davison für die erfolgreiche Verwaltung des Projekts.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme an dieser Diskussion und Ihre Mitwirkung bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen.

Dr. Andreas Eberhardt

Vorstandsvorsitzender

Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)

1 Einführung

Zuwanderer, die aus der Region Nahost und Nordafrika nach Europa kommen, bilden seit 2011 das symbolische Zentrum der Migrationsdebatte. Diese Jahre waren umrahmt vom Arabischen Frühling und seinen Nachwirkungen sowie von der europäischen Krise im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsschutz.

Im Rahmen dieser Debatte wird immer wieder geäußert, dass neue Migranten, und insbesondere Zuwanderer aus der Region Nahost und Nordafrika (MENA-Migranten), Antisemitismus mit nach Europa brächten. Diese Behauptung wird in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlichen Formen geäußert. Dennoch ist die Verknüpfung von zunehmendem Antisemitismus mit Zuwanderern aus Nahost und Nordafrika in Europa weit verbreitet und muss evaluiert werden.

In diesem Bericht werden die Gesamtergebnisse und Rückschlüsse aus einem umfassenden Forschungsprojekt vorgestellt, das 2016/2017 in fünf europäischen Ländern – Belgien, Frankreich, Deutschland, Niederlande und Vereinigtes Königreich – durchgeführt wurde, um die (mögliche) Beziehung zwischen zunehmender Immigration aus der MENA-Region und dem Antisemitismusvorkommen in diesen Ländern zu untersuchen. Die Forschung basiert auf einer Studie von bestehenden quantitativen und qualitativen Daten; zusätzlich wurden neue qualitative Forschungsarbeiten durchgeführt, um die Erfahrungen und Ansichten verschiedener Akteure zu untersuchen. Die Zusammenführung der Daten aus den fünf Ländern hat es uns ermöglicht, gemeinsame Entwicklungen zu erkennen und vergleichende Analysen vorzunehmen. Anhand unserer Forschung konnten wir Empfehlungen in Bezug auf neue politische Initiativen entwickeln, die sowohl von staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt werden sollten, und wir konnten Bereiche ermitteln, in denen umfassenderes Wissen und ein größeres Verständnis dringend erforderlich sind.¹

2 Zusammenfassung

Das zentrale Anliegen dieses Forschungsprojektes war es, zu ermitteln, ob sich die Immigration aus der Region Nahost und Nordafrika seit 2011 auf antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen in Westeuropa auswirkt.²

Dieser kurze Bericht stellt eine Zusammenführung fünf einzelner nationaler Berichte (zu Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich) dar und präsentiert die Ergebnisse und Empfehlungen, die sich aus dem Projekt als Ganzes ergeben.

Der Bericht:

- untersucht die aktuelle Zuwanderung aus Ländern der MENA-Region nach Westeuropa
- bietet einen Überblick über das Ausmaß und die Quellen des Antisemitismus im heutigen Westeuropa
- bietet eine Einschätzung der Einstellungen von MENA-Migranten sowie der Ängste, die sie teilweise hervorrufen
- untersucht die Berechtigung von Behauptungen, dass die wachsende Zahl an MENA-Migranten in Westeuropa den Antisemitismus fördert
- enthält Handlungsempfehlungen für Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen und hebt Bereiche hervor, in denen weitere Untersuchungen erforderlich sind, um unser Wissen und Verständnis zu erweitern.

3 Definitionen und Methodik

Wir beziehen uns auf Westeuropa synonym mit der Kombination aus den fünf in diese Studie einbezogenen Ländern: Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.³

Wir bezeichnen Immigranten aus der Region Nahost und Nordafrika kollektiv als „MENA-Migranten“. Diesem Forschungsprojekt wurden die MENA-Definitionen der Vereinten Nationen und der Weltbank zugrunde gelegt. Zusätzlich beziehen wir aufgrund ihres Profils in den Migrations-/Flüchtlingsstatistiken oder in aktuellen öffentlichen Debatten in einigen europäischen Ländern auch Afghanistan, Eritrea und die Türkei mit ein.

Die vollständige Liste der in diese Studie einbezogenen Länder lautet wie folgt: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Eritrea, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Westjordanland und Gaza, Westsahara.

Die diesem Bericht zugrunde liegende Forschung umfasst verschiedenste zur Verfügung stehende quantitative Daten, die von zwischenstaatlichen Organisationen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und nichtstaatlichen Stellen sowie Institutionen der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft generiert wurden. Durch die Untersuchung und Zusammenführung dieser Daten durch die Forschungsteams konnte ein Überblick über die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Migration, Vorkommen und Quellen des Antisemitismus und jüdische Wahrnehmung des Antisemitismus erstellt werden. Dieses Vorgehen hat deutlich gemacht, dass die verfügbaren Daten zwar recht umfassend sind, jedoch nur sehr wenig spezifische Informationen zum Antisemitismus im Zusammenhang mit den aktuellen MENA-Migranten enthalten.

Qualitative Daten zu Antisemitismus im Zusammenhang mit MENA-Flüchtlingen und – Migranten wurden durch eine Suche in staatlichen und sonstigen institutionellen Berichten, akademischen Forschungsarbeiten, den Mainstreammedien, den sozialen Medien und dem Internet sowie neuen Belegen, die von unseren Forschungsmitarbeitern generiert wurden, erhoben. Die Erhebung neuer empirischer Daten umfasste die Durchführung von Befragungen unter verschiedensten Akteuren, angefangen von Ministerien, Behörden und Polizei bis hin zur Zivilgesellschaft, einschließlich jüdischer Organisationen sowie Flüchtlings-/Migrantenorganisationen. Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum zwischen November 2016 und Oktober 2017.

Sofern nicht anders angegeben, sind die diesem Bericht zugrunde liegenden Daten in den von uns durchgeführten nationalen Studien zu finden. Fußnoten in diesem Bericht beziehen sich in der Regel auf zusätzliche Daten, die in den nationalen Berichten nicht enthalten sind.

4 Dimensionen der MENA-Immigration

Bevor wir untersuchen, welche Beziehung gegebenenfalls zwischen der Zuwanderung aus MENA-Ländern und Antisemitismus besteht, möchten wir zunächst kurz den Umfang und die Dimensionen der Ersteren darstellen.

Belgien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich zählen zu den Ländern, die in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit bedeutender Immigration konfrontiert waren. Die Größe der im Ausland geborenen Bevölkerung, gemessen als Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, ist in allen fünf Ländern vergleichbar. In Deutschland ist der Anteil am höchsten und in Belgien am niedrigsten (siehe Tabelle 1).

Neben dieser Gemeinsamkeit können wir jedoch auch zwei Arten von Unterschieden sehen. Zunächst einmal ist der Grad der Veränderung aufgrund der Immigration in den letzten Jahren nicht einheitlich. Die verhältnismäßige Zunahme an internationalen Migranten seit dem Jahr 2000 war in Deutschland und im Vereinigten Königreich deutlich höher als in Belgien, den Niederlanden und Frankreich (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Internationale Migration, 2000 und 2017⁴

Land	2000		2017	
	Internationale Migranten (Tausend)	Prozentsatz der Gesamtbevölkerung	Internationale Migranten (Tausend)	Prozentsatz der Gesamtbevölkerung
Belgien	895,9	9	1.268,4	11
Frankreich	6.278,7	11	7.902,8	12
Deutschland	8.992,6	11	12.165,1	15
Niederlande	1.556,3	10	2.056,5	12
Vereinigtes Königreich	4.730,2	8	8.841,7	13

Quelle: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten⁵

Zweitens variiert sowohl die Zahl als auch die Zusammensetzung der MENA-Migranten in den fünf in diese Studie einbezogenen Ländern - zudem handelt es sich um eine heterogene Bevölkerung, die sowohl Arbeitsmigranten als auch Flüchtlinge umfasst. Unter den Ländern mit einer großen MENA-Einwandererbevölkerung weist nur Deutschland eine große Flüchtlingsbevölkerung auf. Doch selbst im Fall von Deutschland steht die Präsenz von Flüchtlingen neben einer weitaus größeren Zahl gut etablierter türkischer Einwanderer. Wenn es in allen fünf Ländern in Bezug auf MENA-Migranten überhaupt ein gemeinsames Muster gibt, dann dass Arbeitsmigranten aus Nordafrika und der Türkei die Flüchtlinge zahlenmäßig weit übertreffen.

Für jedes der fünf Länder ergibt sich ein eigenes Muster.⁶

- In Belgien stellten MENA-Migranten 2017 13 % der Einwandererbevölkerung dar. Den größten Anteil bildeten Marokkaner (92.000) und Türken (44.600). Ein Großteil der Asylanträge entfällt auf andere MENA-Länder. Im Jahr 2015

gab es 44.000 solche Anträge, von denen die Hälfte von Personen gestellt wurden, die Syrien, Afghanistan oder den Irak verlassen hatten. Insgesamt ist der Anteil an MENA-Migranten seit 2000, als diese noch 20 % der Einwandererbevolkerung ausmachten, deutlich gesunken.

- In Frankreich bilden MENA-Migranten heute 41 % der Einwandererbevolkerung. Dies entspricht gegenüber dem Wert von 36 % im Jahr 2000 einem deutlichen Anstieg. Der Anstieg ist weitgehend auf die Zuwanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien zurückzuführen. Die Zahl der Immigranten aus Algerien ist von 840.000 im Jahr 2000 auf 1,5 Millionen im Jahr 2017 angestiegen. In den letzten Jahren war außerdem ein deutlich geringerer Anstieg der Gesamtzahl an Flüchtlingen zu beobachten. Zwischen 2014 und 2015 nahm die Zahl der Anträge auf Flüchtlingsstatus von 59.335 auf 74.468 um 26 % zu. Die Herkunft dieser Flüchtlinge folgt jedoch nicht dem angenommenen Allgemeinmuster. Die größte Zahl an Flüchtlingen stammte aus dem Sudan, der nicht als MENA-Land einzustufen ist, und es gab beinahe genauso viele Anträge von Personen aus Bangladesch (3.071) und dem Kosovo (3.139) wie von Personen aus Syrien (3.403).
- In Deutschland stellten MENA-Migranten im Jahr 2017 ungefähr 20 % aller Einwanderer im Land dar. Die Zuwanderung aus MENA-Ländern hat seit 2011 stark zugenommen. In diesem Jahr entsprachen die MENA-Migranten lediglich 9 % der Nettomigration, bis 2015 war diese Zahl jedoch auf 44 % angestiegen. Der größte Anstieg war bei Migranten aus Syrien, deren Zahl 2015 bei 367.000 lag, und aus Afghanistan und dem Irak zu beobachten, deren Zahl bei 131.000 beziehungsweise 136.000 lag. Ungeachtet dieser aktuellen Migrantenströme bilden Einwanderer aus der Türkei in Deutschland auch weiterhin die größte Gruppe unter den MENA-Migranten. Im Jahr 2017 lag deren Zahl bei 1,7 Millionen. Trotz der Zunahme der MENA-Migration stellen die MENA-Länder außerdem einen schwindenden Anteil der Einwandererbevolkerung dar, was größtenteils auf die Zuwanderung von EU-Bürgern nach Deutschland zurückzuführen ist.
- In den Niederlanden stellten MENA-Migranten 2017 ungefähr 26 % der Einwandererbevolkerung dar: Der größte Anteil stammte mit 180.000 beziehungsweise 204.000 aus Marokko und der Türkei. Seit 2014 hat die Zuwanderung aus Afghanistan, dem Iran, dem Irak und Syrien deutlich zugenommen, die 2017 insgesamt eine Bevölkerung von 182.000 ausmachten.
- Im Vereinigten Königreich sind die MENA-Länder nicht unter den ersten 20 Geburtsländern der im Ausland geborenen Einwohner und machen lediglich 7 % der Einwandererbevolkerung aus. Migranten aus einigen MENA-Ländern nehmen in Bezug auf Asylanträge einen hohen Stellenwert ein, sind jedoch nicht dominierend: 2016 waren die führenden Herkunftsländer bei Asylanträgen der Iran (4.792), Pakistan (3.717), der Irak (3.651), Afghanistan (3.094) und Bangladesch (2.234).

5 Antisemitismus

Wahrnehmungen und Besorgnis unter Juden

Trotz der Shoah waren die Juden unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin die bedeutendste nichtchristliche Minderheit in Westeuropa. Das ist heute nicht mehr der Fall. Diese Position hat nun die muslimische Minderheit eingenommen.

Die jüdischen Gemeinschaften in den fünf Ländern, die in diese Studie einbezogen wurden, unterscheiden sich in ihrer Größe voneinander. Frankreich hat mit schätzungsweise 500.000 Juden die größte Gemeinschaft. Im Vereinigten Königreich gibt es 250.000 Juden, in Deutschland sind es 100.000, in den Niederlanden etwa 40.000 bis 50.000 und in Belgien zwischen 30.000 und 35.000. Ungeachtet dieser Unterschiede stellen Juden in allen fünf Ländern einen minimalen Anteil der Bevölkerung dar. In Frankreich, wo die jüdische Bevölkerung sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Größe der Gesamtbevölkerung am zahlreichsten vertreten ist, stellen Juden lediglich 0,77 % der Gesamtbevölkerung dar. In den fünf Ländern ist der Anteil der Juden in der Bevölkerung in Deutschland am geringsten und liegt hier bei 0,13 % der Gesamtbevölkerung.

Viele Juden und Führungspersonen jüdischer Gemeinschaften äußern Besorgnis angesichts des Vorkommens von Antisemitismus. Eine im Jahr 2012 für die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) durchgeführte Befragung ergab, dass ein Großteil der jüdischen Teilnehmer Antisemitismus in ihrem Land als „ein großes oder sehr großes Problem“ betrachten.

In Frankreich und Belgien lag der Prozentsatz bei 84 % beziehungsweise 77 %, in Deutschland waren es 61 %. Im Vereinigten Königreich war der Anteil am geringsten, wobei auch hier noch 48 % der Teilnehmer angaben, Antisemitismus sei „ein sehr großes oder ziemlich großes Problem“.⁷ Die FRA-Befragung erstreckte sich nicht auf die Niederlande. Im Jahr 2009 ergab jedoch eine andere Studie, dass 50 % der niederländischen Juden über ein in den vorangegangenen zehn Jahren zunehmendes Gefühl der Verwundbarkeit berichteten.

Die seit 2012 erhobenen Daten bestätigen eine weit verbreitete Besorgnis unter Juden.

- Im Fall von Frankreich ergab eine im Jahr 2016 durchgeführte Studie, dass 63 % der französischen Juden den Eindruck haben, dass es in Frankreich „viel“ antijüdischen Rassismus gibt, und 47 % der Teilnehmer angaben, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen. Die Zahl der französischen Juden, die nach Israel aufbrachen, stieg von 1.900 pro Jahr vor 2012 auf 7.800 pro Jahr im Jahr 2015 an. Zwar sank diese Zahl 2016 wieder auf 5.000, ist damit jedoch immer noch mehr als doppelt so hoch wie vor 2012.
- In Deutschland ergab eine 2017 veröffentlichte Studie, dass 78 % der deutschen Juden eine zunehmende Bedrohung wahrnehmen.
- In den Niederlanden deutet eine im März 2017 unter 814 selbsternannten Lesern der jüdischen Wochenzeitung *Nieuw Israëlitisch Weekblad* durchgeführte Befragung darauf hin, dass es hinsichtlich Sicherheit und

Antisemitismus Bedenken gibt. Unter den Lesern, die an der Befragung teilnahmen, gab der größte Teil (48 %) an, Angst davor zu haben, im Zusammenhang mit Antisemitismus Opfer körperlicher Gewalt zu werden. Ein bedeutender, jedoch geringerer Anteil der Teilnehmer (30 %) gab an, keine Angst zu haben.

Qualitative Belege, einschließlich derjenigen aus diesem Forschungsprojekt, bestätigen und erweitern diese Ergebnisse. So wurde Juden in Brüssel aufgrund des Risikos körperlicher Gewalt beispielsweise gelegentlich von den Behörden geraten, es zu vermeiden, Zeichen ihres Judentums zu zeigen. Angeblich verlassen immer mehr Juden das Land, einschließlich Studenten, die sich für ein Studium im Ausland entscheiden, um dem umgebenden Antisemitismus zu entfliehen. Seit den durch den Gaza-Konflikt 2014 ausgelösten Demonstrationen und Angriffen warnen einige jüdische Eltern ihre Kinder davor, ihren Davidstern für andere sichtbar zu tragen. Unabhängig vom Ausmaß dieses Musters der Migration und Vermeidung zeugt die Verbreitung dieser Berichte von einem wachsenden Klima der Angst. Im Vereinigten Königreich haben einige politische Führungskräfte und Führungspersonlichkeiten von jüdischen Gemeinschaften erklärt, dass Universitäten heute Brutstätten des Antisemitismus darstellten.⁹

In allen in diese Studie einbezogenen Ländern tragen die Besorgnis hinsichtlich der Bedrohung durch dschihadistischen Terror und insbesondere das Wissen, dass Terroristen in einigen Fällen gezielt Juden angegriffen haben, zu diesem Klima der Verunsicherung bei. In den Niederlanden hat auch das Beratungsgremium zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft in den Niederlanden, BLEW (Stichting Bij Leven en Welzijn), Bedenken hinsichtlich der Bedrohung durch internationalen Terrorismus geäußert. Obwohl BLEW bereits seit 1983 existiert, wurden erst 2014 erste Berichte zu „Terrorismus als Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in den Niederlanden“ veröffentlicht. In diesen Berichten wurde die Situation als „kritisch“ beschrieben und es wurden verschärfte Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Institutionen gefordert.

Angst und Besorgnis sind unter den Juden in Westeuropa ein länderübergreifendes Phänomen. Dies ist im Kontext dieses Berichtes beachtenswert, da die Präsenz von MENA-Migranten in diesen Ländern, wie bereits aufgezeigt wurde, unterschiedlich ist. Wir können also einen Widerspruch feststellen zwischen der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung und Auswirkung von MENA-Migranten und dem einheitlicheren Muster der Angst und Besorgnis unter Juden in Westeuropa. Die mit MENA-Migranten verbundenen Ängste sind kein einfaches Spiegelbild ihrer demografischen Präsenz. Gehen wir nun etwas genauer auf diese Ängste ein.

In Bezug auf aktuelle MENA-Migranten geäußerte Bedenken

In allen im Rahmen dieser Studie untersuchten Ländern und generell im Westen haben bedeutende Persönlichkeiten und Institutionen die aktuellen MENA-Migranten als eine gegenwärtige oder potenzielle Quelle des Antisemitismus dargestellt. Ein Großteil dieser Diskussion entsteht lokal. Gelegentlich wurden jedoch auch breitere Aussagen zur Situation in Westeuropa getroffen.

Einzelpersonen wie auch Institutionen mit besonderer Autorität haben den Gedanken geäußert, dass die aktuellen Flüchtlinge Gefahren für die Juden in Europa mit sich bringen. In einer Rede bei der UNESCO im Januar 2016 hob Rabbi Andrew Baker, der die beiden Ämter des Direktors für internationale jüdische Angelegenheiten

beim American Jewish Committee und des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur Bekämpfung von Antisemitismus innehat, beispielsweise den „antisemitischen“ Charakter der Gesellschaften, aus denen die Flüchtlinge stammen, sowie die Notwendigkeit hervor, ihnen die Verpflichtung gegenüber Pluralismus und Geschlechtergleichstellung beizubringen.

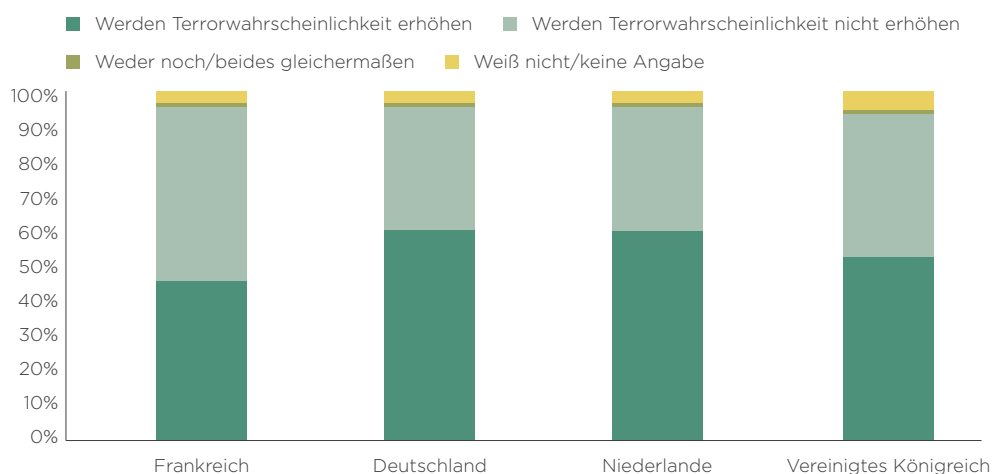
An anderer Stelle werden die wahrgenommenen Gefahren schärfer angesprochen. In einem Zeitschriftenartikel wird beteuert, dass „hohe Zuwanderungsraten aus dem Nahen Osten und Nordafrika in Europas Erfahrung den Antisemitismus in die Höhe getrieben hätten“.⁹ In einem anderen Artikel wird die Frage gestellt: „Ist es für Juden an der Zeit, Europa zu verlassen?“ Einer der Hauptgründe, dies zu bejahen – so heißt es –, ist, dass „traditionelle Muster westlichen antisemitischen Denkens nun mit einer Strömung muslimischer Judenfeindlichkeit verschmolzen sind, der sich in muslimischen Einwanderergemeinschaften findet“.¹⁰ Manfred Gerstenfeld, der sich als „führenden Experten für Antisemitismus“ bezeichnet, beteuert, dass die massive, nicht selektive Einwanderung nach Westeuropa tiefgreifende Auswirkungen auf das europäische Judentum hatte, die stärker seien als jede andere Entwicklung in den letzten fünfzig Jahren.¹¹

Es wurden jedoch auch einige andere Einschätzungen geäußert. Im *Report on Antisemitism in 2016* (Bericht zum Antisemitismus im Jahr 2016), der vom israelischen Ministerium für Diplomatie und Diaspora herausgegeben wurde, ist die Rede davon, dass „die Welle der Immigranten aus muslimischen Ländern keine Zunahme des Antisemitismus verursache“. Es wird jedoch hinzugefügt, dass „im Hinblick auf die Zukunft der Antisemitismus dennoch ein Anlass zur Sorge sei, der jüdische Bürger und Gemeinschaften dazu veranlasse, das jüdische Leben in Europa zu überdenken“.¹² Die Betonung scheint hier jedoch eher auf der Wahrnehmung seitens der jüdischen Bürger und Gemeinschaften zu liegen als auf der objektiven Bedrohung durch Immigranten.

In der breiteren Öffentlichkeit stellen Angst vor und Misstrauen gegenüber Flüchtlingen ein länderübergreifendes Phänomen dar. Die Befürchtung, dass die Ankunft von Flüchtlingen die Wahrscheinlichkeit von Terrorangriffen in den Ländern, in denen sie sich ansiedeln, erhöht, wird von der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich sowie von knapp der Hälfte der Befragten in Frankreich geteilt.

Diese Befürchtungen bestehen über die Ländergrenzen hinweg, manifestieren sich jedoch auch innerhalb eines spezifischen nationalen Kontextes.

In den Niederlanden haben Politiker der orthodox-christlichen Reformierten Politischen Partei (SGP), der rechtsradikalen Partei für die Freiheit (PVV) und der Partei Für die Niederlande (VNL) geäußert, dass Immigranten aus Nordafrika und dem Nahen Osten möglicherweise Antisemitismus ins Land bringen. Niederländische Politiker wie der Minister für Soziales und Arbeit, Lodewijk Asscher, und der EU-Kommissar Frans Timmermans haben in Bezug auf den Antisemitismus Besorgnis ausgedrückt, zögern bisher jedoch, die Annahme, dass Flüchtlinge den Antisemitismus in die Niederlande bringen, zu bestätigen. Jüdische Organisationen und Einzelpersonen zeigen verschiedene Ansichten, wobei einige bedeutende niederländische Juden, einschließlich des Vorsitzenden des Jüdischen Zentralrats, Ron van der Wieken, Bedenken geäußert haben, die Flüchtlinge mit Antisemitismus in Verbindung bringen.

Abbildung 1: Flüchtlinge und Terrorwahrscheinlichkeit, 2016

Quelle: Pew Global Attitudes Project, 2016: www.pewresearch.org

Im Fall von Deutschland ist der Gedanke, dass Flüchtlinge aus muslimisch geprägten Ländern den Antisemitismus nach Deutschland bringen, umstritten, jedoch auch weit verbreitet. MENA-Flüchtlinge werden aufgrund der antisemitischen und islamistischen Haltung, die ihnen zugeschrieben wird, als direkte und aufgrund der Tatsache, dass die Kontroverse um ihre Ankunft generell eine feindselige Atmosphäre gegenüber Minderheiten erzeugt, auch als indirekte Bedrohung für Juden wahrgenommen. Im Fall von Deutschland können wir die Vorstellung des „importierten Antisemitismus“ auf die Reaktion auf die als „9/11“ bekannten Terrorangriffe zurückführen. Zu dieser Zeit wurde geäußert, dass der Antisemitismus von Muslimen in Deutschland per Satellitenfernsehen importiert werde. Im Gegensatz dazu sind es jetzt Personen – Flüchtlinge –, die als Importmedium wahrgenommen werden. Die jüdischen Ansichten sind gemischt und die Ankunft von MENA-Flüchtlingen könnte die Befürchtungen anfachen. Die Leiterin einer jüdischen Gemeinde in einer Stadt im Osten des Landes berichtete von einer zunehmenden Angst vor Antisemitismus unter den Mitgliedern ihrer Gemeinde, als der Flüchtlingsstrom aus MENA-Ländern seinen Höhepunkt erreichte.

In Frankreich konzentrieren sich die Bedenken im Hinblick auf den Antisemitismus mehr auf die ansässige und in Frankreich geborene muslimische Bevölkerung als auf die aktuellen Einwanderer und Flüchtlinge. Dennoch hat unsere Feldforschung einige Bedenken unter Juden aufgedeckt, dass Flüchtlinge aus Ländern ankommen, in denen kultureller Antisemitismus und eine anti-israelische Haltung vorherrschen, und die daher in Zukunft eine Quelle des Antisemitismus darstellen könnten.

Im Vereinigten Königreich haben einige mit populistischen und rechten Tendenzen assoziierte Politiker und Journalisten wie Nigel Farage und Douglas Murray geäußert, dass die Immigration von Muslimen für zunehmenden Antisemitismus verantwortlich sei. Unsere Feldforschung hat unter Juden im Vereinigten Königreich Bedenken hinsichtlich des Einflusses von Immigranten auf den Antisemitismus aufgezeigt. Ein Mitarbeiter einer jüdischen Gemeinde bestätigte, dass es definitiv eine Befürchtung sei, die ausgedrückt wird. Juden müssten nicht darauf hingewiesen werden, dass es möglicherweise ein Problem gibt. Er denke, dass sie darauf schon von ganz alleine kommen werden, und zwar aus naheliegenden Gründen. Ein weiterer Beobachter kommentierte, dass sich einige Organisationen die Angst in der jüdischen Gemeinschaft zu Nutze machen und verschlimmern würden – und damit den Menschen enormen Stress bereiteten.

Im Fall von Belgien werden negative Äußerungen über Immigranten hauptsächlich von Mitgliedern rechtsorientierter und rechtsradikaler politischer Parteien getätigt. Einige Vertreter der NVA (Neu-Flämische Allianz) – der größten politischen Partei im Land und Teil der regierenden Koalition – und Mitglieder der Regierung haben Vorurteile gegenüber den aktuellen Flüchtlingen und Einwanderern geäußert.

Einige Themen tauchen in diesen Äußerungen über die aktuellen MENA-Migranten immer wieder auf:

- Die Migranten stammen aus Ländern, in denen Antisemitismus weit verbreitet ist; es wird vermutet, dass die Migranten eine Feindseligkeit gegenüber Juden und Israel in sich tragen
- Es wird befürchtet, dass unter den Flüchtlingen oder anderen Personen, die für eine Radikalisierung anfällig sind, Terroristen aktiv sind
- Einstellungen gegenüber den aktuellen MENA-Migranten stehen in engem Zusammenhang mit Bedenken hinsichtlich der Integration muslimischer Minderheiten in Westeuropa
- Es wird befürchtet, dass der von MENA-Migranten der zweiten und nachfolgenden Generationen ausgedrückte Antisemitismus, also derjenigen, die in den 1960er und 1970er Jahren ins Land gekommen sind, unter den neuen Zuwanderern reproduziert wird.

Wie einige dieser Punkte verdeutlichen, werden MENA-Migranten nicht nur als Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten, sondern auch als Muslime gesehen. Der Zustrom an MENA-Migranten und die damit verbundene Krise im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsschutz haben bereits bestehende Ängste und Kontroversen hinsichtlich der wachsenden muslimischen Präsenz in der westeuropäischen Gesellschaft zum Vorschein gebracht und erweitert. Die Aussichten im Hinblick auf die Aufnahme und Integration einer vorwiegend muslimischen Flüchtlingsbevölkerung sind zu einem Pulverfass für Konflikte zwischen den Befürwortern und Gegnern liberaler Politik im Bereich der Immigration und des kulturellen Pluralismus geworden.

Das Thema des „muslimischen Antisemitismus“ spielt in diesen Debatten eine zentrale Rolle. Dies ist teilweise auf die Erfahrungen und Auswirkungen des dschihadistischen Terrors zurückzuführen, der sich in einigen Fällen speziell gegen Juden richtete. Es ist teilweise auch eine Folge der Rolle, die von der Erinnerung an den Holocaust gespielt wird, und der damit zusammenhängenden Bemühung, im Rahmen der Konstruktion einer europäischen Identität nach dem Ende des Kalten Krieges den Antisemitismus zu überwinden.¹³ In diesem Kontext wird die Bemühung von Muslimen, den Antisemitismus auszulöschen, nicht nur an sich als etwas Gutes, sondern auch als Marker der Fähigkeit von Muslimen betrachtet, sich in der europäischen Gesellschaft zu integrieren. Gleichzeitig kann die Konzentration auf den muslimischen Antisemitismus auch den Vorgang der „Externalisierung“ begünstigen: die Projektion des Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft auf die Minderheiten der Muslime und Einwanderer.¹⁴

6 Antisemitismus messen

Nachdem wir nun die Zahl der MENA-Migranten und die Ängste, die andere mit ihnen verbinden, beschrieben haben, möchten wir im Folgenden das Ausmaß und die Gestalt des Antisemitismus in den betrachteten Ländern näher beleuchten.

Es werden zwei Arten von statistischen Daten verwendet, um den Antisemitismus zu beurteilen und zu messen: Meinungsumfragen und die Anzahl von antisemitischen Vorfällen und Verbrechen. Beide sind mit Einschränkungen und Auslegungsschwierigkeiten verbunden.

Meinungsumfragen liefern je nach den Fragen, die gestellt werden, unterschiedliche Ergebnisse. Fragen, bei denen die Teilnehmer aufgefordert werden, einer antisemitischen Aussage (zum Beispiel „Juden reden zu viel über das, was ihnen im Holocaust zugestoßen ist“ oder „Juden haben zu viel Macht im Weltgeschehen“) zuzustimmen oder diese abzulehnen, bringen stets einen höheren Grad an Antisemitismus hervor als Fragen, die allgemeiner formuliert sind (zum Beispiel, ob die Teilnehmer eine positive oder negative Meinung von Juden haben). Außerdem zählen die verwendeten Stichproben - und Gewichtungstechniken, die zur Erhebung der Daten eingesetzten Methoden, die Art der Definition von Antisemitismus und die gestellten Fragen zu den Faktoren, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Auch die von der Polizei und zivilgesellschaftlichen Institutionen generierten Statistiken, die antisemitische Verbrechen oder Vorfälle erfassen, sind mit Problemen verbunden. So wissen wir, dass viele antisemitische Vorfälle und Verbrechen gar nicht oder nicht ordnungsgemäß erfasst werden. Daraus folgt, dass jegliche erfassten Anstiege der Zahl antisemitischer Verbrechen oder sonstiger Vorfälle unter Umständen anstelle von oder zusätzlich zu Veränderungen bezüglich des antisemitischen Verhaltens lediglich Veränderungen hinsichtlich der Aufzeichnungsverfahren oder die zunehmende Bereitschaft von Opfern zur Meldung solcher Vorfälle widerspiegeln.

Trotz dieser Vorbehalte ergeben die Daten im Gesamten und im Zusammenhang mit der in diesem Bericht beleuchteten Fragestellung betrachtet ein einheitliches Bild:

- Die Wahrnehmung von Juden in der Bevölkerung als Ganzes ist weitgehend positiv und verschlechtert sich nicht.
- Die Raten an antisemitischen Verbrechen und Belästigungen schwanken in Verbindung mit Ereignissen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

Einstellungen gegenüber Juden

Eine hilfreiche Studie, die es uns ermöglicht, Daten aus ganz Westeuropa zu vergleichen, ist die vom Pew Research Centre durchgeführte Studie „Global Attitudes and Trends“. Diese liefert uns Momentaufnahmen der Ansichten im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Deutschland aus den Jahren 2011, 2014, 2015 und 2016, sowie für die Niederlande für dieses letzte Jahr. Diese Daten zeigen, dass die Tendenz seit 2011 in Richtung einer positiveren Haltung gegenüber Juden geht. Selbst im Fall von Frankreich, dem Land

mit dem höchsten Grad der negativen Einstellungen, ist der Prozentsatz der Befragten mit einer negativen Einstellung zu Juden seit 2011 gesunken.

Tabelle 2: Einstellungen gegenüber Juden

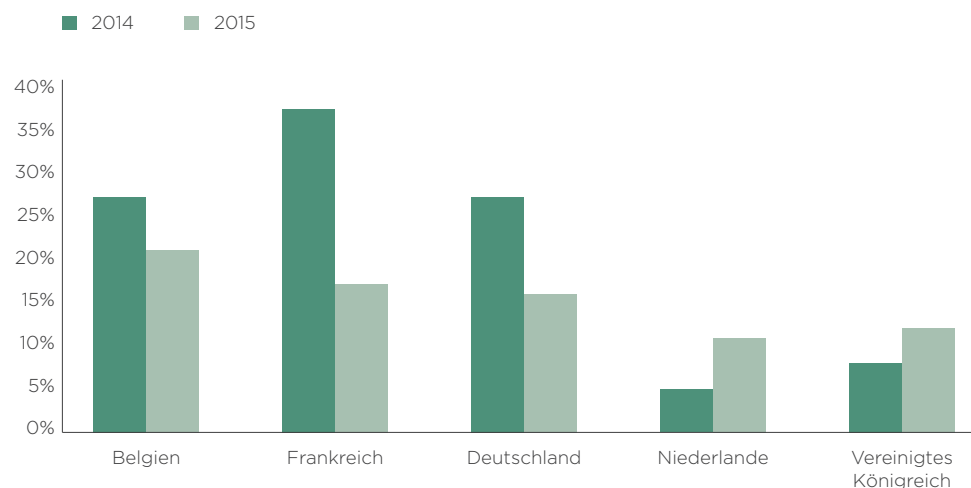
	2011			2014			2015			2016		
	P	N	WN/V	P	N	WN/V	P	N	WN/V	P	N	WN/V
Frankreich	84	16	0	89	10	1	92	7	1	85	10	5
Deutschland	71	18	11	82	5	13	80	9	11	88	5	8
Vereinigtes Königreich	76	7	17	83	7	10	86	7	7	85	7	8
Niederlande										90	3	7

Legende: P - Positiv, N - Negativ, WN/V - Weiß nicht/Verweigert

Quelle: Pew Global Attitudes Project: www.pewresearch.org

Ein zweiter Datensatz stammt aus dem *Global 100 Anti-Semitism Index* der Anti-Defamation League (ADL). Diese Zahlen stammen aus Befragungen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 und Anfang 2014 sowie im März/April 2015 durchgeführt wurden. Sie leiten sich aus einer Kombination aus 11 Fragen ab, bei denen den Teilnehmern eine Reihe negativer Aussagen über Juden vorgelegt werden. Die ADL schätzt, dass eine positive Antwort auf die Mehrheit der Fragen (sechs oder mehr) die Schwelle darstellt, die bestimmt, ob eine Person antisemitisch ist oder nicht.

Abbildung 2: Grad des Antisemitismus in Europa - ADL Global 100 Anti-Semitism Index



Quelle: ADL *Global 100 Anti-Semitism Index* 2014 und 2015¹⁵

Die beiden Länder, die 2015 einen zunehmenden Grad an Antisemitismus zeigen, sind weiterhin die Länder mit dem insgesamt geringsten Grad. Insgesamt deuten die Daten darauf hin, dass antisemitische Einstellungen in Westeuropa nur in geringem Maße vorhanden sind und/oder zurückgehen.

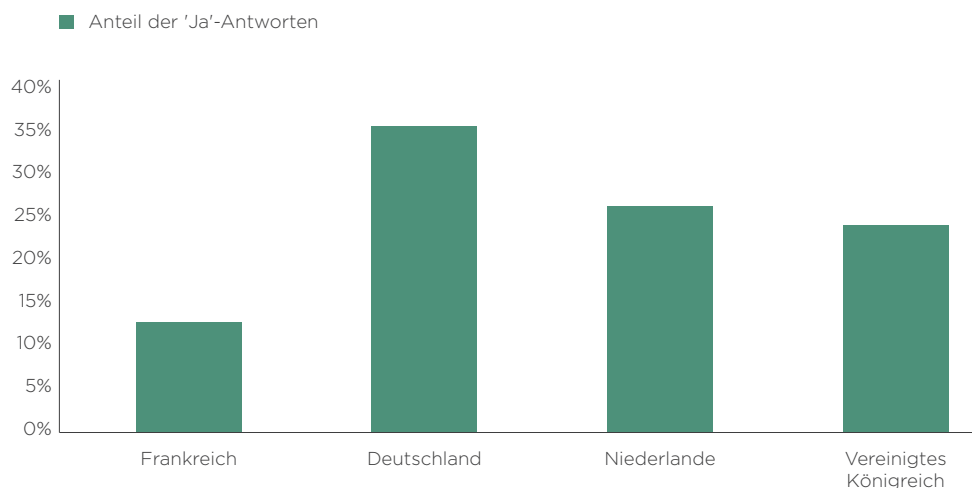
Dieses Bild wird weitgehend auch von anderen Studien, die sich auf die Einstellungen in bestimmten Ländern konzentrieren, bestätigt.

- Im Fall von Frankreich zeigt das jährliche Barometer für Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit der Nationalen Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH), dass sich das Image von Juden seit 2000 stetig verbessert hat und Juden bei Weitem die am besten akzeptierte Minderheit im Land sind. Negative Stereotype über Juden erreichten 2013–2014 einen Höhepunkt. Das Verbot einer antisemitischen Show des Komikers Dieudonné M'bala M'bala und das von der Regierung verhängte Verbot pro-palästinensischer Demonstrationen führten zu einem rekordmäßigen Anteil an Befragten (37 %), die ihre Zustimmung zu der Aussage erklärten, dass Juden in Frankreich zu viel Macht hätten. Diese Zahl ging jedoch wieder zurück und war im Herbst 2016 auf 21 % gesunken.
- In Deutschland wird in Studien zum Antisemitismus häufig zwischen „klassischem“, „sekundärem“ und „israelbezogenem“ Antisemitismus unterschieden. Klassische antisemitische Stereotype sind in Deutschland entweder auf gleichbleibendem Niveau oder gehen zurück. Die hoch geschätzte Mitte-Studie zeigt ein Absinken des Vorkommens dieser Stereotype von ungefähr 15 % zu Beginn des Jahrtausends auf 6 % im Jahr 2016. Deutsche Sozialwissenschaftler messen außerdem den „sekundären Antisemitismus“ – Formen des Antisemitismus, die als Rechtfertigung für die Verantwortung von Eltern oder Großeltern für den Holocaust fungieren. Dazu zählt zum Beispiel der Gedanke, dass Juden heute versuchen, aus der Verfolgung im Dritten Reich Profit zu schlagen. Die Raten für sekundären Antisemitismus liegen höher als die für „klassischen Antisemitismus“, gehen jedoch ebenfalls zurück: Laut der Mitte-Studie waren es 2016 26 %, während die Zahl im Jahr 2011 bei 39 % lag. In Bezug auf den israelbezogenen Antisemitismus lässt sich eine ähnliche Tendenz beobachten. Darauf werden wir im Folgenden noch näher eingehen.
- Im Vereinigten Königreich ergab eine von YouGov im Juni 2015 veröffentlichte Studie, dass 7 % der britischen Erwachsenen entweder eine „ziemlich negative“ oder „sehr negative“ Einstellung gegenüber Juden hatten. Dieses Ergebnis wurde 2017 mit dem Bericht des Instituts für jüdische Politikforschung (JPR) zum Thema *Antisemitism in Contemporary Great Britain* (Antisemitismus im heutigen Großbritannien) bestätigt, der ergeben hatte, dass ungefähr 5 % der Allgemeinbevölkerung berechtigterweise als Antisemiten bezeichnet werden können.¹⁶
- Die aktuellsten Daten für Belgien, veröffentlicht im Jahr 2017, scheinen die von der ADL aufgezeigten hohen Raten (siehe Abbildung 2) zu bestätigen. Die Studie ergab, dass 49 % der Befragten denken, dass Juden eine besondere Beziehung zu Geld haben, und dass 18 % der Auffassung sind, Juden seien nicht belgisch „wie andere“. Diese Zahl derjenigen, die Juden als grundlegend „anders“ betrachten, ist etwas geringer als die im *Global 100 Anti-Semitism Index* der ADL im Jahr 2015 angegebene Zahl. Allerdings sollte nicht zu viel Gewicht auf genaue Vergleiche zwischen zwei Studien gelegt werden, bei denen unterschiedliche Methoden eingesetzt wurden.

Während der klassische Antisemitismus zurückgeht, ist es der israelbezogene Antisemitismus, der heute für Kontroversen sorgt und gelegentlich als zunehmend beschrieben wird. In ihrem Bericht aus dem Jahr 2017, *Different Antisemitisms* (Verschiedene Antisemitismen), definieren Lars Dencik und Karl Morosi den israelbezogenen Antisemitismus als Situationen, in denen Juden außerhalb von

Israel verbal oder körperlich angegriffen werden, nur aufgrund der Tatsache, dass sie Juden sind, und aufgrund der Art und Weise, wie diejenigen, die sie angreifen, den Staat Israel wahrnehmen.¹⁷ Dies ist eine nützliche Definition, die wir auch in diesem Bericht verwenden. Dennoch muss kritisch beurteilt werden, welche Vorfälle und Äußerungen der Definition entsprechen. In jedem der in diesen Bericht einbezogenen Länder gibt es einige umstrittene und hinreichend publik gemachte Vorfälle, die zeigen, dass hinsichtlich der Frage, wo die legitime Kritik an Israel endet und Antisemitismus beginnt, keine Übereinstimmung herrscht. Im Bericht *Antisemitismus in Deutschland* (2017), erstellt von einem vom Deutschen Bundestag beauftragten Fachgremium, wird darauf hingewiesen, dass wir bei der Beurteilung nicht nur das berücksichtigen sollten, was jemand sagt, sondern auch zu wem er es sagt, unter welchen Umständen und mit welcher Absicht. Wir stimmen mit *Antisemitismus in Deutschland* dahingehend überein, dass wir in Bezug auf Kritik an Israel die Existenz einer „Grauzone“ anerkennen, die zu einer legitimen Uneinigkeit hinsichtlich dessen führt, was als antisemitisch zu betrachten ist und was nicht.¹⁸

Abbildung 3: Beeinflussen die Handlungen des Staates Israel Ihre Haltung gegenüber Juden?



Quelle: ADL *Attitudes Toward Jews in Ten European Countries* (März 2012)¹⁹

Klar ist jedoch, dass es in jedem der in diese Studie einbezogenen Länder Situationen gibt, in denen Kritik an Israel und/oder am zionistischen Gedanken auch eine Gelegenheit für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Verhalten bietet. Die Tendenz, die Kritik an Israel auf Juden im Allgemeinen auszuweiten, beschränkt sich nicht auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Ein Großteil der Diskussion über israelbezogenen Antisemitismus konzentriert sich auf Einstellungen und Verhaltensweisen in muslimischen Minderheiten und innerhalb der politischen Linken. In Frankreich ist beispielsweise unter jungen Menschen Antisemitismus aufgekommen. Sowohl unter jenen mit Migrationshintergrund, die das palästinensische Anliegen unterstützen und gegenüber Israel und Juden im Allgemeinen feindselig eingestellt sind, als auch unter solchen mit hohem Bildungsniveau und überdurchschnittlichem Einkommen, die sich mit der extremen Linken identifizieren, generell nicht rassistisch sind und klassische antisemitische Stereotype ablehnen. In Deutschland ist der israelbezogene Antisemitismus dagegen eher mit rechtsorientierten als mit linksorientierten Standpunkten verknüpft.

Die umfassendste Einschätzung zum israelbezogenen Antisemitismus stammt aus einer Studie, die 2012 von der ADL durchgeführt wurde und bei der die Teilnehmer unter anderem gefragt wurden, ob ihre Haltung gegenüber Juden durch die Handlungen des Staates Israel beeinflusst wird.

Im Fall von Deutschland deuten aktuellere Daten darauf hin, dass der israelbezogene Antisemitismus in diesem Land zurückgeht. Die beste Schätzung aus dem Jahr 2014 ordnet dies, basierend auf einer unmissverständlichen Frage, bei 20 % ein. Dieser Wert spiegelt die Zahl der Befragten wider, die der Aussage, dass Israels Politik dazu führt, dass sie Juden mit weniger Sympathie begegnen, „vollkommen“ oder „teilweise“ zustimmen. Dies stellt gegenüber dem Wert von 32 % ein Jahrzehnt zuvor einen deutlichen Rückgang dar.²⁰

Verbrechen und Bedrohungen

Die Institutionen, die antisemitische Verbrechen und Vorfälle erfassen, variieren von Land zu Land. Dasselbe gilt auch für die jeweils angewendeten Protokolle. Aus diesem Grund vergleichen wir keine absoluten Zahlen der erfassten Vorfälle und Verbrechen zwischen den Ländern. Wir können jedoch Tendenzen, die sich in unterschiedlichen nationalen Zusammenhängen ergeben, miteinander vergleichen.

Wenn wir die Tendenzen der Anzahl an erfassten antisemitischen Vorfällen betrachten, zeigt sich, dass in allen fünf Ländern die Zweite Intifada, die im Oktober 2000 begann und bis Februar 2005 dauerte, einen bedeutenden Wendepunkt darstellte. Seit 2000 haben bestimmte Ereignisse in Israel, Gaza und den besetzten Gebieten immer wieder Reaktionen in Westeuropa, einschließlich antisemitischer Vorfälle, ausgelöst. Zu diesen Ereignissen zählen unter anderem der Einmarsch der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte in Dschenin 2002 und die gezielte Tötung von Scheich Yasin 2004, die Operation Gegossenes Blei 2009 und die Operation Starker Fels 2014.

Seit 2011 schwanken die Zahlen der erfassten antisemitischen Vorfälle in Belgien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden in Übereinstimmung mit den Entwicklungen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. In allen vier Fällen zeigen die Zahlen eine relativ kleine Spitze im Jahr 2012 und eine größere Spitze im Jahr 2014. Danach zeigen die Zahlen der erfassten antisemitischen „Handlungen und Bedrohungen“ in Frankreich einen leichten Rückgang im Jahr 2015 und einen drastischen Rückgang ein Jahr später. In Belgien, den Niederlanden und Deutschland ist nach dem Höhepunkt im Jahr 2014 eine Verringerung und Nivellierung der erfassten Vorfälle zu beobachten.

Lediglich im Vereinigten Königreich zeigt sich eine insgesamt steigende Tendenz. Hier ist die steigende Entwicklung antisemitischer Vorfälle in den Jahren 2012 und 2014 vergleichbar mit der in anderen Ländern. Der Rückgang im Jahr 2015 fiel jedoch geringer aus und ist nicht auf die in den Jahren 2011 und 2013 beobachteten Werte zurückgegangen, wie das in Belgien, Deutschland und den Niederlanden der Fall war. Im Vereinigten Königreich kam es 2016 sogar zu einem weiteren starken Anstieg auf einen Wert oberhalb des für 2014 erfassten Wertes. Wie sind diese Zahlen zu interpretieren? In diesem Fall stellt sich die bisher ungeklärte Frage, ob die Entwicklung eine tatsächliche Zunahme des Antisemitismus widerspiegelt oder stattdessen (oder auch) die größere Kapazität der Polizei und einer jüdischen Wohltätigkeitsorganisation (dem Community Security Trust), den Antisemitismus zu beobachten, sowie

eine größere Bereitschaft der Opfer, entsprechende Vorfälle zu melden. Es gibt jedoch überzeugende Gründe für die Annahme, dass zumindest ein Teil des Anstiegs auf die erhöhten Ressourcen für die Überwachung und Beobachtung des Antisemitismus sowie eine wachsende Bereitschaft der einzelnen Opfer, die Vorfälle zu melden, zurückzuführen ist.

Wir ziehen folgende Schlüsse:

- In keinem der von uns untersuchten Länder besteht eine Beziehung zwischen der Entwicklung der erfassten antisemitischen Vorfälle und der Entwicklung der MENA-Migration
- Die Entwicklung der erfassten antisemitischen Vorfälle zeigt in vier der fünf in diese Studie einbezogenen Ländern seit 2011 ein vergleichbar schwankendes Muster
- Die Entwicklung im Vereinigten Königreich bildet teilweise eine Ausnahme. Hier zeigt sich bis 2015 ein ähnliches Muster, von da an weist das Land jedoch als Einziges eine steigende Tendenz auf
- In allen fünf in dieser Studie betrachteten Ländern gibt es eine klare Beziehung zwischen der Zahl der erfassten antisemitischen Vorfälle und bedeutenden Ereignissen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Dies ist eine bereits seit Längerem bestehende Verbindung, die der aktuellen Flüchtlingskrise zeitlich vorausgeht. Das Bestehen dieser Verbindung kann mindestens bis zur Zweiten Intifada zurückverfolgt werden, die im Jahr 2000 begann.

Die außergewöhnliche Entwicklung seit 2015 im Vereinigten Königreich ist im Kontext dieses Berichtes besonders bedeutsam, da sie unterstreicht, dass zwischen MENA-Migranten und dem Muster der erfassten antisemitischen Verbrechen und Vorfälle keinerlei erkennbare Verbindung besteht. So zeigt sich im Vereinigten Königreich, wo es nur eine geringe Präsenz an MENA-Migranten gibt, bei den erfassten antisemitischen Vorfällen eine steigende Tendenz. Im Gegensatz dazu erreichte die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland im Jahr 2014 einen Höhepunkt, ungeachtet der drastischen Zunahme der Zahl an MENA-Migranten im folgenden Jahr.

7 Gesellschaftliche und politische Konzentrationen des Antisemitismus

Bisher haben wir den sich verändernden Grad des Antisemitismus auf gesellschaftlicher Ebene untersucht. Wir haben festgestellt, dass, trotz der von vielen Juden in Westeuropa ausgedrückten Besorgnis, andere Daten nahelegen, dass sich der Antisemitismus nicht weiter ausbreitet.

Wir werden nun der Frage nachgehen, ob es, ungeachtet des Gesamtbildes, in bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Gruppen einen hohen oder zunehmenden Grad an Antisemitismus gibt oder ob sich Antisemitismus in bestimmten Bereichen der öffentlichen Debatte häuft.

Muslime und Antisemitismus

In allen Ländern, die wir untersucht haben, sind antisemitische Einstellungen in muslimischen Minderheiten weiter verbreitet als in der Allgemeinbevölkerung.

Im Jahr 2015 versuchte die ADL, den Antisemitismus unter Muslimen zu messen, indem für die Beantwortung des Fragebogens eine „Zusatzstichprobe“ an muslimischen Teilnehmern gebildet wurde. Hier, wie auch in der Studie als Ganzes, wurden die Ergebnisse von einer Kombination aus 11 Fragen abgeleitet, die eine Reihe an negativen Aussagen über Juden enthalten. Eine positive Antwort auf die Mehrheit der Fragen bildete dabei die Schwelle, die bestimmt, ob jemand als antisemitisch einzuordnen ist oder nicht.

Tabelle 3: Antisemitismus unter Muslimen, 2015

Land	Nationale Stichprobe	Zusatzstichprobe Muslime
Belgien	21	68
Frankreich	17	49
Deutschland	16	56
Vereinigtes Königreich	12	54

Quelle: ADL, *Global 100 Anti-Semitism Index*, 2015²¹

Die Größe der ADL-„Zusatzstichprobe“ ist sehr gering: lediglich 100 Teilnehmer pro Land. Aus diesem Grund sollten die Ergebnisse nicht als definitiv, sondern eher als suggestiv betrachtet werden. Es ist daher bedeutsam, dass das breite Ergebnis durch in bestimmten Ländern durchgeführte Studien bestätigt wird.

- Im Fall von Deutschland ergaben verschiedene Studien, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen weiter verbreitet sind als in anderen Teilen der Bevölkerung. Es ist jedoch genauso wichtig anzumerken, dass antisemitische Einstellungen offenbar kein allgemeines Merkmal von Muslimen in Deutschland sind, sondern lediglich bei einer Minderheit auftreten. Eine Studie in der größten ethnischen Gruppe, derjenigen mit türkischem Hintergrund,

ergab, dass 49 % der Befragten eine positive Haltung gegenüber Juden ausdrückten, während 21 % eine negative Haltung zeigten und 30 % eine neutrale Antwort gaben. Eine weitere Studie, die 2013 veröffentlicht wurde, ergab, dass Jugendliche mit muslimischem Hintergrund ein höheres Maß an israelbezogenem Antisemitismus aufweisen als die deutsche Bevölkerung im Allgemeinen. Unter jungen Muslimen mit arabischem Hintergrund lag der Wert hier bei 42 %, bei anderen jedoch bei etwa 25 %.

- In den Niederlanden führte die Zweite Intifada zur Entwicklung eines neuen Musters des Antisemitismus, das niederländische Jugendliche mit Migrationshintergrund in den Vordergrund stellte. Studiendaten deuten darauf hin, dass diese Form des Antisemitismus möglicherweise im Zusammenhang mit Ereignissen im Nahen Osten entsteht. Eine 2014–2015 durchgeführte Studie ergab, dass deutlich mehr junge Muslime eine negative Haltung gegenüber Zionisten (66 %) als gegenüber Juden (12 %) hatten. Marokkanisch-niederländische Jugendliche und in jüngster Zeit auch türkisch-niederländische Jugendliche, meistens männlich, waren an Belästigungen von Juden auf der Straße beteiligt. Niederländische Bürger mit muslimischem Hintergrund waren bei antisemitischen Vorfällen im Sommer 2014 eindeutig präsent. Bei einem außergewöhnlichen Vorfall schwenkten Anhänger des Islamischen Staats im Irak und in Syrien (ISIS) schwarze Flaggen und riefen auf Arabisch „Tod den Juden“.
- Die Daten für Belgien deuten in eine ähnliche Richtung. Eine 2010 unter jungen Menschen durchgeführte Studie ergab, dass unter Muslimen häufiger als unter Christen und Atheisten negative Haltungen gegenüber Juden zu finden sind. Eine weitere Studie, durchgeführt an flämischen weiterführenden Schulen im Jahr 2011, ergab, dass antisemitische Einstellungen unter Jungen wahrscheinlicher anzutreffen sind als unter Mädchen und mehr unter Katholiken und Muslimen.
- Im Fall von Frankreich deuten qualitative Daten darauf hin, dass sich Antisemitismus in der in Frankreich geborenen zweiten Generation, häufig mit nordafrikanischer Herkunft und aus benachteiligten Wohngebieten, entwickelt. Trotz der Tatsache, dass die Studiendaten aus kleinen und nicht repräsentativen Stichproben stammen, deuten sie auch darauf hin, dass antisemitische Stereotype in der muslimischen Bevölkerung in Frankreich weiter verbreitet sind als in der Allgemeinbevölkerung.
- Im Vereinigten Königreich ergab die Studie *Antisemitism in Contemporary Britain* (2017) des Instituts für jüdische Politikforschung, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen zwei - bis viermal wahrscheinlicher anzutreffen sind als in der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig lehnte die Mehrheit der muslimischen Befragten die antisemitischen Aussagen, die ihnen vorgelegt wurden, jedoch ab oder reagierte neutral darauf. Es ist jedoch anzumerken, dass die Muslime in diesem Fall keine MENA-Migranten oder deren Nachkommen sind, sondern überwiegend einen südasiatischen Hintergrund haben.

Dieses einheitliche Bild antisemitischer Einstellungen in einer bedeutenden Minderheit an Muslimen nährt die Besorgnis, die viele mit MENA-Migranten verbinden. An dieser Stelle gibt es jedoch einige Gründe zur Vorsicht.

Zunächst einmal ist die relative Größe der muslimischen Bevölkerung in jedem der betrachteten Länder gering: Sie variiert zwischen 5 % der Gesamtbevölkerung im Vereinigten Königreich und 7,5 % in Frankreich.²² In anderen Worten: Der Grad,

zu dem Muslime für die Gesamtwerte des Antisemitismus in diesen Gesellschaften verantwortlich sind, ist gering, wie das Institut für jüdische Politikforschung im Fall des Vereinigten Königreichs berechnet hat.²³ Die Ergebnisse für die muslimische Bevölkerung sollten daher nicht von der Tatsache ablenken, dass antisemitische Einstellungen größtenteils von der Mehrheitsbevölkerung und nicht von Minderheiten herrühren.

Weiterhin ist zu beachten, dass Muslime eine sehr vielfältige Bevölkerung mit Unterschieden hinsichtlich Klasse, Bildung, Geschlecht, ethnischem Hintergrund, Generation, religiöser Praxis und religiösem Glauben umfasst. Meinungsstudien, die diese potenziellen Quellen der Variation nicht berücksichtigen können, könnten sich als stumpfes Werkzeug erweisen.

Wir müssen außerdem berücksichtigen, dass das Messen antisemitischer Einstellungen nicht mit dem Messen antisemitischen Verhaltens gleichzusetzen ist. Es besteht nicht zwangsläufig eine Verbindung zwischen den beiden. Zumeist führen bestimmte Einstellungen nicht zu entsprechendem Verhalten: Wir müssen mehr über die Umstände herausfinden, in denen das passiert. Gleichzeitig wissen wir, dass ein Großteil antisemitischen Verhaltens von „antisozialer“ und „opportunistischer“ Natur ist, ohne eine klare ideologische oder religiöse Motivation.

Antisemitismus und Rechtsextremismus

Ein Ergebnis aus allen nationalen Studien ist, dass antisemitische Einstellungen und Handlungen auch weiterhin unverhältnismäßig präsent sind unter Personen, die rechtsextreme und rechtspopulistische politische Bewegungen unterstützen.

- In Frankreich bestätigen Studiendaten, dass Sympathisanten des Front National antisemitischer sind als die Unterstützer aller anderen Parteien. Weiterhin deutet das jährliche Barometer für Rassismus der CNCDH darauf hin, dass der größte Teil des Antisemitismus eine Rechtsorientierung aufweist und eher mit klassischen Stereotypen verbunden ist, die Juden mit Geld, Macht und mangelnder Loyalität verknüpfen, als mit Kritik an Zionismus und Israels Politik.
- Im Fall des Vereinigten Königreichs ergab die JPR-Studie *Antisemitism in Contemporary Britain* von 2017 in ähnlicher Weise, dass die Präsenz von Antisemitismus unter denjenigen, die sich als „rechtsextrem“ identifizieren, zwei – bis viermal höher ist als in der Allgemeinbevölkerung. Außerdem wiegen unter den vom Community Security Trust erfassten antisemitischen Vorfällen mit politischer oder ideologischer Motivation die von der rechtsextremen Szene ausgehenden Vorfälle am schwersten. Diese Vorfälle überwiegen diejenigen mit anti-israelischer oder islamistischer Motivation nicht nur zahlenmäßig in jedem Jahr außer 2009 und 2014, sondern die Vorfälle mit rechtsextremen Tätern zeigen auch eine stetige Aufwärtsentwicklung: Die Zahl stieg von 100 im Jahr 2011 auf 160 im Jahr 2016 an.
- In Deutschland sind antisemitische Straftaten überwiegend die Handlungen von rechten, nicht muslimischen Deutschen ohne Migrationshintergrund. Hier üben politische Einstellungen weiterhin großen Einfluss auf alle Formen des Antisemitismus aus. Von rechts nach links ist ein linearer Anstieg der antisemitischen Einstellungen zu beobachten. Deutschland ist bekannt für die Präsenz von israelbezogenem Antisemitismus auf der politischen Rechten.

- In Belgien und den Niederlanden ist der Antisemitismus in der Propaganda rechtsextremer Parteien dagegen zurückgegangen. Dies könnte mit der Konzentration der Parteien auf die aktuellen Migranten und der Anerkennung von Juden als „Beispiel guter Integration“ im Vergleich zu muslimischen Minderheiten in Zusammenhang stehen.

8 Muslimische Minderheiten

Muslime: Vorurteile und Benachteiligung

Wie lässt sich die erhöhte Präsenz von Antisemitismus in muslimischen Minderheiten erklären? Auf den ersten Blick scheint die Antwort offensichtlich. Muslimische Einwanderer kommen aus Ländern nach Westeuropa, in denen antisemitische Einstellungen deutlich weiter verbreitet sind als in den Ländern, in denen sie sich niederlassen. Im Jahr 2015 ergab die globale ADL-Studie zum Antisemitismus, dass in MENA-Ländern 74 % der Befragten auf die Mehrheit der getesteten antisemitischen Stereotype mit „wahrscheinlich wahr“ antworteten. Diese Zahl ist deutlich höher als die Werte für die westeuropäischen Länder, die weiter oben in Abbildung 2 zu sehen sind. Auch wenn wir diesen Hintergrund anerkennen, sollten wir doch auch danach fragen, wie antisemitische Einstellungen für MENA-Migranten nach ihrer Niederlassung in Westeuropa und für ihre in Europa geborenen Kinder und Enkelkinder funktionieren.

Über ganz Westeuropa hinweg sind bürgerschaftliches Engagement, Respekt gegenüber dem Gesetz und Engagement für die Gesellschaft, in der sie sich niedergelassen haben, in muslimischen Minderheiten hoch, gehen jedoch mit einem wohlbegründeten Gefühl des Missstandes und der Ungerechtigkeit einher. Der britische Soziologe Anthony Heath bezeichnet dies als „das Paradox der Integration“.²⁴ Zwar schrieb Heath über den britischen Kontext, seine Erkenntnisse könnten jedoch auch breiter anwendbar sein. Diese Erfahrung der „vereitelten Integration“ liefert einen wichtigen Kontext für das Aufkommen von Antisemitismus in einer bedeutenden Minderheit der muslimischen Bevölkerung.

Zahlreiche Studien zeigen, dass sowohl Muslime als auch die Kinder und Enkelkinder von MENA-Migranten (überlappende Kategorien) mit Benachteiligung, Diskriminierung und Vorurteilen konfrontiert sind. Das Bild ist über verschiedene Länder hinweg bemerkenswert einheitlich. Wir haben festgestellt, dass Muslime im Vergleich zum Durchschnitt schlechtere Bildungsergebnisse erzielen, höhere Arbeitslosenraten aufweisen und mit höherer Wahrscheinlichkeit in sozial benachteiligten Gebieten leben. In allen Fällen leiden sie unter Diskriminierung oder Vorurteilen oder beidem. Es ist nicht überraschend, dass diese Erfahrungen in muslimischen Minderheiten das Gefühl erzeugen, dass sie von den Gesellschaften, in denen sie leben und denen sie angehören, abgelehnt werden.

- In Deutschland zeigte eine 2006 durchgeführte Studie, dass beinahe die Hälfte der deutschen Muslime glaubten, dass sich das Verhältnis zwischen ihnen und Nicht-Muslimen verschlechtert hat, und zwei Drittel berichteten über Erfahrungen mit Diskriminierung. Ein Jahrzehnt später ergab eine Meinungsumfrage in der Allgemeinbevölkerung, dass 41 % der Befragten sich ein Einwanderungsverbot für Muslime wünschen und 50 % der Befragten sich als Fremde in ihrem eigenen Land fühlen.
- In Belgien gibt es Belege dafür, dass Muslime sich selbst als stigmatisierte Minderheit betrachten. Eine 2017 veröffentlichte Studie offenbarte, dass 70 % der Befragten den Eindruck haben, dass sie als Ausländer betrachtet werden; 68 % haben den Eindruck, dass Terrorangriffe zur einer höheren

Ablehnung führen und 72 % haben das Gefühl, dass sie auf bestimmte städtische Enklaven begrenzt werden.

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, ob es zwischen diesen Erfahrungen der Diskriminierung, Benachteiligung und Ablehnung auf der einen Seite und dem Fortbestehen des Antisemitismus auf der anderen Seite eine Verbindung gibt.

- Vor allem in Deutschland wird viel über eine mögliche Verbindung zwischen Diskriminierung und Antisemitismus diskutiert. Hier deuten Studien darauf hin, dass Diskriminierung und schlechte Integration zur Verstärkung des antisemitischen Denkens beitragen oder den Weg dafür bereiten. Dies geschieht auf indirekte Weise, indem Muslime zu sozialen Medien, radikalen Gruppierungen und Moscheen getrieben werden, die antisemitische Gedanken und Verschwörungstheorien fördern. Diese Studien sind von großer Bedeutung, nicht zuletzt deswegen, weil sie einen Weg zwischen der Erfahrung von Diskriminierung und Vorurteilen und der Entwicklung antisemitischer Einstellungen aufzeigen.
- Im Fall von Frankreich liegt eine Quelle des Antisemitismus, wie bereits festgestellt, in der zweiten Generation von Einwanderern, oft von nordafrikanischer Herkunft, die in benachteiligten Wohngebieten leben. Hier vermuten Forscher, dass der Antisemitismus aus der Diskriminierung Kraft schöpft. Zum Beispiel umfasste die heterogene Demonstration *Jour de colère* gegen die Regierung im Januar 2014 explizit antisemitische Elemente, einschließlich rechtsextremer Netzwerke und Unterstützer des Komikers Dieudonné sowie des Gründers der politischen Vereinigung und Website „Egalité et Réconciliation“, Alain Soral. Die im späteren Verlauf des Jahres verhängten Verbote der Aufführung von Dieudonné sowie der pro-palästinensischen Demonstrationen schienen für diese Elemente den Status der Juden als privilegierte Minderheit mit politischem Einfluss zu bestätigen. Diese Wahrnehmung trug zu einem starken Anstieg antisemitischer Vorfälle bei.
- In den Niederlanden und Belgien legen Forschungsarbeiten zu antisemitischen Vorfällen und der Äußerung antisemitischer Gedanken von Bürgern marokkanischer und türkischer Herkunft nahe, dass diese mit der Unsicherheit ihrer Position in der niederländischen und belgischen Gesellschaft in Zusammenhang stehen.
- Im Vereinigten Königreich ergaben Forschungsarbeiten zu Muslimen mit südasiatischem Hintergrund, dass die zweite Generation höhere Erwartungen an die britische Gesellschaft hat als ihre eingewanderten Eltern. Angesichts der Diskriminierung und Benachteiligung verlieren sie allmählich das Vertrauen, was in einigen Fällen die Radikalisierung vorantreibt. Eine bedeutende Minderheit britischer Muslime ist empfänglich für Verschwörungstheorien (diese konzentrieren sich eher auf die USA als auf Israel) und es herrscht auch ein gewisses Maß an Sympathie für politische Gewalt und Terrorismus. Das Gefühl der Entfremdung bei einer Minderheit der zweiten und dritten Generation könnte fruchtbaren Boden für politisierten Antisemitismus bieten.

Es sollte uns möglich sein, die Bedeutung von Diskriminierung und Missstand als mögliche Erklärung für den Antisemitismus unter einigen Muslimen anzuerkennen, ohne gleichzeitig den Antisemitismus zu legitimieren und ohne die Bedeutung der ethischen und politischen Entscheidungen von Einzelpersonen zu verleugnen.

Die mögliche Verbindung zwischen Diskriminierung und Antisemitismus ist wichtig, da sie nahelegt, dass es eine Verlagerung des Schwerpunkts geben sollte. Das Problem ist scheinbar nicht nur eines der Immigration, sondern auch eines der vereitelten Integration als Treiber für Antisemitismus unter einigen Muslimen.

Die Einstellungen und Prioritäten der aktuellen Flüchtlinge

Die Daten aus allen fünf Ländern deuten stark darauf hin, dass der Alltag der aktuellen Flüchtlinge und Migranten von Unsicherheit begleitet ist. Ihre Prioritäten liegen darin, einen Ort zum Schlafen zu finden, Papiere zu erhalten und die Sprache ihres neuen Aufenthaltslandes zu lernen, um bezahlte Arbeit zu finden. Kurz gefasst: Ihr Alltag ist eher von den Erfordernissen ihrer schwierigen Situation geprägt als von der Beschäftigung mit Antisemitismus oder sonstigen Vorurteilen oder Ideologien.

Dennoch können wir davon ausgehen, dass Migranten und Flüchtlinge bestimmte Ansichten und Haltungen vertreten. Die öffentliche Diskussion zum Thema Flüchtlinge wird oft durch positive wie negative Vermutungen über diese Einstellungen angetrieben. Optimisten weisen darauf hin, dass Flüchtlinge negative Erfahrungen mit den Regimen gemacht haben, vor denen sie geflohen sind, und, in vielen Fällen, über eine hohe Bildung verfügen. Diese Aspekte ihrer Erfahrungen, so vermuten einige, werden sie dafür prädisponieren, liberale Werte zu unterstützen und Antisemitismus abzulehnen. Die gegenteilige Auffassung ist, dass MENA-Flüchtlinge und -Migranten aus Ländern kommen, in denen antisemitische Einstellungen und Feindseligkeit gegenüber Israel als jüdischer Staat weit verbreitet sind, und dass sie diese Einstellungen nach Europa bringen.

Das Wissen über Einstellungen und Ansichten unter den aktuellen Flüchtlingen ist dürftig. Es gibt kaum Untersuchungen, auf die man sich stützen kann. Die für diese Studie durchgeführte Feldforschung deutet darauf hin, dass Flüchtlinge sich integrieren möchten und neue Zuwanderer aus dem Nahen Osten nicht verstehen, warum sie mit den Nachkommen marokkanischer und türkischer Einwanderer verglichen werden, nur weil beide Gruppen aus Muslimen bestehen.

Die umfassendsten Erkenntnisse zu den Einstellungen von Migranten stammen aus in Deutschland erhobenen Daten. Hier ergab eine große und repräsentative Studie unter aktuellen Flüchtlingen, dass diese die Demokratie in genauso hohem Maße unterstützen wie Personen mit deutschem Pass: 96 % der Befragten gaben an, sich ein demokratisches System zu wünschen, während 21 % für eine starke Führungspersönlichkeit waren, die sich nicht um Parlamente und Wahlen schert. Diese Antworten sind denen der deutschen Befragten bemerkenswert ähnlich, von denen 95 % ein demokratisches Regierungssystem unterstützen und 22 % eine starke Führungspersönlichkeit bevorzugen. Auf die Frage, was eine Demokratie ausmacht, antworteten 93 % der Befragten, dass Grundrechte die Bürger vor staatlicher Unterdrückung schützen sollten, und 93 % stimmten zu, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben sollten; lediglich 13 % waren der Meinung, dass ein religiöser Führer bei der Gesetzgebung das letzte Wort haben sollte. Auch hier unterscheiden sich die Ergebnisse nicht großartig von denen der deutschen Teilnehmer mit 83 %, 92 % und 8 %. Diese Ergebnisse unterstützen das anti-schwarzseherische Lager.

In Bezug auf Antisemitismus unter Flüchtlingen liegen uns Daten aus einigen wenigen Studien vor. Eine davon befasste sich ausschließlich mit Bayern und ergab, dass die Mehrheit (55 %) der Flüchtlinge aus dem Irak, aus Syrien und Afghanistan

der Aussage zustimmen, dass Juden in der Welt zu viel Einfluss haben. Wir sollten dabei jedoch berücksichtigen, dass, obwohl dies die Verbreitung eines bestimmten antisemitischen Gedankens belegt, es nicht die Kriterien erfüllt, die im Allgemeinen zur Identifizierung von „Antisemiten“ oder „Antisemitismus“ herangezogen werden. Hierfür wären positive Antworten auf eine Reihe negativer Stereotypen erforderlich. Diese vorsichtige Einschätzung wird durch eine andere Studie bestätigt, die festgestellt hat, dass nur einer von 24 befragten Flüchtlingen ein kohärentes antisemitisches Weltbild aufwies, während die Mehrheit vereinzelte und widersprüchliche antisemitische Einstellungen äußerte. Eine Berliner Studie, die Gruppeninterviews mit 68 Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak durchführte, liefert ein ähnlich komplexes Bild, in dem „antisemitische Denkmuster und Stereotype“ einerseits „sehr verbreitet“ sind, die Befragten jedoch andererseits die Wichtigkeit des friedlichen Zusammenlebens von Muslimen, Christen und Juden betonen. Viele, jedoch nicht alle Befragten betonten zudem, dass es etwas anderes sei, über Juden zu sprechen als über Israel.²⁵

Dieses differenzierte Bild bestätigt sich durch die Daten aus anderen Ländern.

- In den Niederlanden berichteten Befragte, die mit syrischen Flüchtlingen Kontakt hatten, von der Präsenz stereotyper Vorstellungen von Israel als nach globaler und regionaler Vorherrschaft strebender Macht und Juden als mächtige, verschwörerische und in sich schlechte Menschen. Staatliche oder zivilgesellschaftliche Berichte zu Antisemitismus enthalten jedoch keine Aufzeichnungen zu Flüchtlingen oder aktuellen Einwanderern als Täter bei antisemitischen Vorfällen oder als Personen mit antijüdischer Haltung. In den Niederlanden sind seit 2011 keine belegbaren Auswirkungen aktueller MENA-Flüchtlinge auf dokumentierte antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen festzustellen.
- Im Fall von Frankreich schienen die für dieses Projekt befragten Flüchtlinge sich keine Gedanken über Juden zu machen und Antisemitismus war die geringste ihrer Sorgen. Vertreter der Zivilgesellschaft und des Staates (Universität, Polizei, Richter, Behörden, deren Ziel die Bekämpfung des Rassismus ist, und unabhängige Behörden) bestätigen dieses Bild. Sie verbinden Antisemitismus mit rechtsextremen Netzwerken und mit Jugendlichen der zweiten Generation, die aus benachteiligten Verhältnissen kommen. Sie führen die aktuellen MENA-Migranten nicht als Problem an, sondern betrachten Flüchtlinge eher als die ersten Opfer von Intoleranz. Es gibt jedoch Hinweise auf eine Art Opferkonkurrenz, die einer Abneigung gegen Juden nahekommen kann. Ein Syrer äußerte sich wohl mit dem Satz: „Wenn wir Juden wären, würden wir nicht so behandelt werden.“ Ein weiterer merkte im Zusammenhang mit der Kritik der *Laïcité* in Frankreich an, dass die meisten der Minderheiten in Ordnung seien, die Muslime jedoch nie in Ordnung sein werden.
- Für Belgien zeigen die verfügbaren quantitativen und qualitativen Daten keine Zunahme antisemitischer Vorfälle in Verbindung mit neuen Migranten.
- Im Vereinigten Königreich sind MENA-Migranten in den verfügbaren Daten zum Antisemitismus weitgehend nicht vertreten. Befragungen im Rahmen dieser Studie ergaben nur vereinzelte Hinweise auf Vorurteile gegenüber Juden unter MENA-Migranten und Flüchtlingen. Die Mehrheit der Befragten war eher besorgt, dass neue Migranten die Opfer und nicht die Täter von Hassverbrechen werden könnten.

9 Ergebnisse

Ziel dieses Berichts war es, zu untersuchen, ob es eine Beziehung zwischen zwei Phänomenen gibt:

1. der aktuellen Ankunft von Migranten und Flüchtlingen aus Nordafrika und Nahost in westeuropäischen Ländern und
2. dem Auftreten antisemitischer Einstellungen und Verhaltensweisen sowie den erfassten Hassverbrechen in diesen Ländern.

Wir ziehen die folgenden Schlüsse aus unseren Forschungsergebnissen:

- MENA-Migranten umfassen eine heterogene Bevölkerung, deren Präsenz in Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich stark variiert.
- Juden in den genannten Ländern äußern Besorgnis bezüglich der wahrgenommenen Ausbreitung des Antisemitismus. MENA-Migranten, die aus Ländern kommen, in denen antisemitische Einstellungen weit verbreitet sind, stellen einen Schwerpunkt dieser Angst dar. Die Sorge über den Einfluss der aktuellen MENA-Migranten ist ein Aspekt einer breiteren Unsicherheit, die sich auf Antisemitismus in muslimischen Minderheiten konzentriert.
- Ungeachtet einiger Schwankungen ist die Haltung gegenüber Juden in diesen Ländern überwiegend positiv und verschlechtert sich nicht. Statistiken für gemeldete antisemitische Hassverbrechen und sonstige Vorfälle zeigen keine steigende Tendenz: Sie schwanken in Reaktion auf die periodische Zuspitzung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern. Das Vereinigte Königreich bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme: Hier sind die Zahlen für antisemitische Vorfälle und Hassverbrechen nach 2014 nicht auf die vorherigen Werte zurückgegangen.
- Antisemitische Einstellungen und/oder antisemitisches Verhalten sind in muslimischen Minderheiten sowie unter Personen, die mit rechtsextremen Gruppierungen sympathisieren, unverhältnismäßig stark präsent.
- Im Fall der muslimischen Minderheiten erhalten antisemitische Einstellungen angesichts ihrer eigenen Erfahrungen mit Vorurteilen, Diskriminierung und „vereilter Integration“ Bedeutung.
- Das Leben der aktuellen Flüchtlinge ist geprägt von Unsicherheit und ihre Priorität besteht darin, sich ein neues Leben aufzubauen. Einige Daten deuten darauf hin, dass antisemitische Einstellungen unter MENA-Flüchtlingen weit verbreitet sind, genau wie positive Einstellungen zu Demokratie, Gleichberechtigung und friedlichem Zusammenleben zwischen Muslimen, Christen und Juden. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass MENA-Migranten auf gesellschaftlicher Ebene bedeutend zum Antisemitismus beitragen.

- Weder die Auswertung der bereits vorhandenen Daten noch der für diesen Bericht durchgeführten Befragungen deutet auf eine bedeutsame Verbindung zwischen den aktuellen MENA-Migranten und dem Ausmaß und der Gestalt des Antisemitismus in Westeuropa hin.
- Antisemitismus ist ein Problem, das der Mehrheitsbevölkerung entspringt und nicht ausschließlich oder sogar überwiegend von Minderheiten herrührt.

10 Empfehlungen

Politik und Praxis

1. Antisemitismus sollte als ein singuläres Phänomen verstanden werden, kann und sollte jedoch mit anderen Formen von Vorurteilen, Diskriminierung und Rassifizierung in Zusammenhang gestellt werden. Die Arbeit gegen Antisemitismus muss daher auf eine Art und Weise erfolgen, die auch Rassismus und Vorurteile im weiteren Sinne mit einbezieht. In nichtjüdischen Minderheiten wird dieser Ansatz dazu beitragen, Verbindungen zwischen ihren eigenen Erfahrungen und Antisemitismus herzustellen. So können wir vielleicht das Verständnis für ähnliche Erfahrungen über unterschiedliche Gruppen hinweg fördern.
2. Bisher wurde nur wenig getan, um die Effektivität bestehender Initiativen zur Vermeidung von Antisemitismus zu beurteilen. Folglich können wir in diesem Bereich nicht auf Erfahrungen zurückgreifen. Wir sollten Aufzeichnungen über bestehende Initiativen zur Vermeidung von Antisemitismus und Rassismus führen. Dies ist eine Voraussetzung für: die Beurteilung, welche Initiativen effektiv sind; die Feststellung, wie viele Ressourcen für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus erforderlich sind; die Verbreitung und Reproduktion bewährter Praktiken.
3. Politische Entscheidungsträger und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten die Grenzen und Schwierigkeiten der Auslegung berücksichtigen, die mit unterschiedlichen Befragungsmethoden und Statistiken zur Messung von Hassverbrechen und antisemitischen Vorfällen einhergehen. Auf diese Weise können sie sich sowohl vor Nachlässigkeit als auch vor Panikmacherei schützen.
4. Allgemein sollte ein größerer Austausch zwischen NGOs und politischen Entscheidungsträgern auf der einen Seite und Wissenschaftlern und Forschern auf der anderen Seite stattfinden. Dieser Bericht ist teilweise ein Beispiel für fruchtbare Zusammenarbeit, da Vertreter verschiedener Organisationen zu diesem Forschungsprojekt beigetragen haben. Alle Seiten sollten versuchen, sicherzustellen, dass NGOs und politische Entscheidungsträger von den Erkenntnissen von Wissenschaftlern und Forschern profitieren.
5. Das Verhältnis zwischen Juden und Muslimen ist oft gereizt und geprägt von gegenseitigem Misstrauen. Es ist dringend erforderlich, eine bedeutende Interaktion zwischen den beiden Gruppen zu entwickeln, um ein Gegengewicht für die negativen Stereotypen und politischen Diskurse zu bilden, die gegenseitiges Misstrauen erzeugen.

Diskurs

6. Es ist dringend notwendig, die Heterogenität unter MENA-Migranten und in weiterem Sinne auch unter Muslimen und Juden anzuerkennen.
7. Alle Bereiche der Gesellschaft haben die Pflicht, verantwortungsvoll über Themen im Zusammenhang mit Immigration, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zu sprechen. Insbesondere Politiker, politische Entscheidungsträger, Journalisten und Führungspersönlichkeiten von Gemeinschaften haben die Möglichkeit, das Problem auf eine Art und Weise anzusprechen, die eine ausgewogene und auf Belege gestützte Diskussion fördert.
8. Die Tatsache, dass Antisemitismus ein Problem innerhalb der Gesellschaft als Ganzes und nicht nur innerhalb von Einwandererminderheiten oder religiösen Minderheiten darstellt, sollte sich in der öffentlichen Diskussion des Antisemitismus und in politischen Reaktionen widerspiegeln. Nur in diesem Kontext werden wir Antisemitismus effektiv thematisieren können, wenn er in der muslimischen Bevölkerung, einschließlich MENA-Migranten, aufkommt.

Forschung

9. Wir benötigen eine repräsentative und methodisch ausgereifte Meinungsstudie unter MENA-Flüchtlingen.
10. Wir benötigen bessere Kenntnisse über die sozialen Orte und die Dynamik von Antisemitismus. Vor allem müssen wir mehr wissen über diejenigen Personen, die tatsächlich antisemitische Taten verüben, und zwar auch im Netz bzw. in den sozialen Medien.
11. Außerdem sind Studien erforderlich, die nicht nur das Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten, sondern auch das zwischen Minderheiten untereinander betrachten. Es wäre zum Beispiel aufschlussreich und angemessen, die Einstellungen von Juden gegenüber Muslimen zu untersuchen, um die vorhandenen Studien zu Einstellungen von Muslimen gegenüber Juden zu ergänzen.

Endnoten

1. Die Forschungspartner in den einzelnen Ländern sind in der Anlage aufgeführt.
2. Für dieses Forschungsprojekt werden die MENA-Definitionen der Vereinten Nationen und der Weltbank zugrunde gelegt und zusätzlich Afghanistan, Eritrea und die Türkei mit einbezogen. Siehe auch unter „Definitionen“.
3. Die untersuchten Länder waren im ursprünglichen Aufruf der EVZ für Forschungsvorschläge zum Thema Antisemitismus und Immigration im Februar 2016 aufgeführt.
4. In dieser Tabelle wurden die Daten der UN verwendet, da diese Vergleiche zwischen den Staaten ermöglichen. Weiteren Bevölkerungszahlen, die in diesem Bericht angeführt werden, stammen aus den nationalen Berichten. Beachten Sie bitte, dass die in Tabelle 1 für Frankreich angegebenen Zahlen nicht mit denen im nationalen Bericht zu Frankreich übereinstimmen. Dort wird der Prozentsatz der Immigranten in der Gesamtbevölkerung mit 8,1 % im Jahr 2006 und 8,9 % im Jahr 2014 angegeben. Sowohl die Datensätze der UN als auch jene Frankreichs bestätigen unsere Beobachtung, dass der Grad der Bevölkerungsveränderung aufgrund der Immigration in Frankreich geringer ausfällt als im Vereinigten Königreich und in Deutschland.
5. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2017), Trends in International Migration Stock: The 2017 Revision (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev/2017).
6. Die nachstehenden Zahlen sind den nationalen Berichten entnommen und wurden anhand von „Table 1. Total migrant stock at mid-year by origin“, ebd., berechnet.
7. <http://fra.europa.eu/en/publications-and-resources/data-and-maps/survey-data-explorer-discrimination-and-hate-crime-against>.
8. www.telegraph.co.uk/education/2016/12/22/britains-top-universities-becoming-no-go-zones-jews-baroness/; www.thejc.com/news/uk-news/jo-johnson-concerned-over-rise-in-antisemitism-on-uk-campuses-1.450907.
9. www.nationalreview.com/article/445540/jewish-muslim-relations-europe-america-worsening-due-immigration.
10. www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/04/is-it-time-for-the-jews-to-leave-europe/386279/.
11. www.manfredgerstenfeld.com/muslim-antisemitism-europe-manfred-gerstenfeld/.
12. www.mda.gov.il/EngSite/Lists/HomePageBanner3Icons/Attachments/1/reportENG.pdf.
13. Tony Judt, *Postwar: A History of Europe in 1945* (Heinemann, 2005).

14. Esra Ozyurek, „Export-import theory and the racialization of antisemitism: Turkish and Arab-only prevention programs in Germany“, *Comparative Studies in Society and History*, 58 (1), 40–65.
15. 2014: <http://global100.adl.org/#map/weurope>; 2015: <http://global100.adl.org/#map/2015update>.
16. Daniel Staetsky, *Antisemitism in Contemporary Great Britain* (Institute for Jewish Policy Research, 2017), 3.
17. Lars Dencik and Karl Marosi, *Different Antisemitisms: Perceptions and experiences of antisemitism among Jews in Sweden and across Europe* (Institute for Jewish Policy Research, 2017).
18. www.bundestag.de/blob/503220/5dbf53f00644f6aed4e984c529f8165f/antisemtismusbericht_conclusion-data.pdf.
19. www.adl.org/sites/default/files/documents/assets/pdf/israel-international/adl_anti-semitism_presentation_february_2012.pdf.
20. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/2017/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile.
21. <http://global100.adl.org/#map/2015update>.
22. www.pewresearch.org/fact-tank/2016/07/19/5-facts-about-the-muslim-population-in-europe/.
23. In der Berechnung wurden Muslime, die extrem Linke und die extrem Rechte berücksichtigt. Wenn diese Gruppen denselben Grad an Antisemitismus aufweisen würden wie die Gesamtbevölkerung, würde die Zahl derjenigen mit mehrfachen und starken antisemitischen Einstellungen lediglich von 3,6 % auf 3,0 % sinken, S. 6.
24. www.pearsinstitute.bbk.ac.uk/assets/Uploads/PDFs/Integration-Disadvantage-and-ExtremismMay2014FINAL.pdf.
25. G. Jikeli, *Attitudes of Refugees from Syria and Iraq towards Integration, Identity Jews and the Shoah: Research Report*, American Jewish Committee Berlin, Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (Berlin, 2017).

Anlagen

Das Forschungsteam

Studienleiter

Professor David Feldman, Pears Institute for the study of Antisemitism, Birkbeck, University of London

Projektmanagerin

Dr. Jan Davison, Pears Institute for the study of Antisemitism, Birkbeck, University of London

Partner

Belgien

Professor Marco Martiniello und **Dr. Muriel Sacco**
Centre d'Etudes de l'Ethnicité et des Migrations, Université de Liège

Frankreich

Professor Nonna Mayer und **Elodie Druetz**
Centre d'études européennes et de politique comparée de Sciences Po, Paris/Centre national de la recherche scientifique

Niederlande

Professor Leo Lucassen und **Dr. Annemarike Stremmelaar**
Internationale Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam und Universiteit van Leiden

Deutschland

Professor Stefanie Schüler Springorum und **Dr. Mathias Berek**
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Vereinigtes Königreich

Dr. Ben Gidley (mit Unterstützung von **Dr. Jan Davison**, **Dr. Rachel Humphris** und **leisha James**)
Birkbeck, University of London

Biografien

Mathias Berek ist Dozent an der Technischen Universität Berlin. Seinen Dokortitel erwarb er 2008 an der Universität Leipzig mit einer theoretischen Arbeit über kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit. Er leitete ein Forschungsprojekt über den deutsch-jüdischen Philosophen Moritz Lazarus am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig und dem Minerva Institute for German Tel Aviv University. Er war außerdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, an der Universität Leipzig und im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin tätig.

Jan Davison ist Managerin und Kommunikationsleiterin des Pears Institute for the study of Antisemitism, Birkbeck, University of London. Sie hat einen Dokortitel im Bereich organisationsübergreifende Entscheidungsfindung und hat als strategische Kommunikationsberaterin für verschiedene Organisationen im privaten und öffentlichen Sektor, einschließlich Zentral – und Regionalverwaltung, gearbeitet.

Elodie Druetz ist Doktorandin im Bereich Politikwissenschaft und Soziologie unter gemeinsamer Betreuung durch Florence Haegel und Patrick Simon am Centre d'études européennes et de politique comparée de Sciences Po und am Institut national d'études démographiques. In ihrer Dissertation geht es um die Erfahrung der Rassifizierung und das politische Verhalten von Hochschulabsolventen afrikanischer Abstammung im französischen und britischen Kontext.

David Feldman ist Direktor des Pears Institute for the study of Antisemitism und Geschichtspräsident in Birkbeck, University of London. Seine Forschungsinteressen haben sich bisher auf die Geschichte von Minderheiten, insbesondere Juden und Einwanderern, und deren Platz in der britischen Gesellschaft konzentriert. Zu seinen politischen Arbeiten im Vereinigten Königreich zählen die Berichte *Integration, Disadvantage and Extremism* (Integration, Benachteiligung und Extremismus, 2014) und *Sub-Report on Antisemitism for the Parliamentary Committee Against Antisemitism* (Teilbericht zum Antisemitismus für den Parlamentsausschuss gegen Antisemitismus, 2015). Er ist Mitglied der Expertengruppe für Bildungspolitik der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ist hier in Bezug auf die Initiative „Turning Words into Action to Address Anti-Semitism“ in beratender Funktion tätig.

Ben Gidley ist Dozent an der School of Social Sciences, History and Philosophy in Birkbeck, University of London. Zuvor war er außerordentlicher Professor am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der University of Oxford. Er hat intensiv zu den Themen Migration, Diversität und Integration geforscht und zahlreiche Arbeiten darüber verfasst. Sein aktuellstes Buch, gemeinsam mit James Renton herausgegeben, ist *Antisemitism and Islamophobia in Europe: A Shared Story?* (Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in Europa: Eine gemeinsame Geschichte?, 2017).

Rachel Humphris ist Dozentin am Department of Social Policy, Sociology and Criminology der University of Birmingham und postgraduierte Mitarbeiterin am Centre on Migration, Policy and Society der University of Oxford. Sie hat zu Themen im Zusammenhang mit Roma-Migranten und Migration im weiteren Sinne geforscht.

leisha James ist Doktorandin am Department of Psychosocial Studies in Birkbeck, University of London. Sie absolviert derzeit einen Master of Research in Social Research and Psychosocial Studies. Unter der gemeinsamen Betreuung durch Ben Gidley und Brendan McGeever in Birkbeck wird sie im Rahmen ihrer Dissertation diskursive und performative Verhandlungen über das Weißsein unter generationsübergreifenden italienischen Migrantinnen in London nach dem Brexit untersuchen.

Leo Lucassen ist Forschungsdirektor des Internationale Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam und Professor für globale Arbeiter – und Migrationsgeschichte an der Universiteit van Leiden. Mit über 245 wissenschaftlichen Publikationen, darunter 11 Monografien und 16 Sammelbände, hat er zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der Migration, Integration, des Rassismus und des Social Engineering veröffentlicht.

Marco Martiniello ist Forschungsdirektor des belgischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung. Er ist Direktor des Centre d'Etudes de l'Ethnicité et des Migrations der Universität Lüttich, wo er außerdem Vizedekan für Forschung an der Fakultät für Sozialwissenschaften ist. Er ist Autor, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Artikel, Buchbeiträge, Berichte und Bücher zu Migration, Ethnizität, Rassismus, Multikulturalismus und Staatsbürgertum.

Nonna Mayer ist emeritierte Forschungsdirektorin des Centre national de la recherche scientifique am Centre d'études européennes et de politique comparée de Sciences Po in Paris. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Einstellungen und Verhaltensweisen, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Seit 2000 ist sie Teil des Teams, das das jährliche Barometer für Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit der Nationalen Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH) sowie die Auswertung für den Jahresbericht der CNCDH koordiniert. Im Jahr 2016 wurde sie in die CNCDH und den wissenschaftlichen Rat der interministeriellen Kommission für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass gegen die LGBT-Gemeinschaft berufen.

Muriel Sacco ist Mitglied des Fachbereichs für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung an der Université Libre de Bruxelles (ULB). Sie promovierte an der ULB im Bereich Politik – und Sozialwissenschaften. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Integrationspolitik, Jugend, Staatsführung in Brüssel und Soziologie der Migration.

Stefanie Schüler-Springorum ist Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Seit 1996 ist sie Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts und seit 2009 deren Vorsitzende. Sie vertritt die Technische Universität Berlin im Direktorium des Selma Stern Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Annemarike Stremmelaar ist eine Historikerin, die sich schwerpunktmäßig mit der Türkei, dem Nahen Osten und Muslimen in den Niederlanden beschäftigt. Sie war als Dozentin, Forscherin und Redakteurin an der Universiteit van Leiden, Radboud Universiteit (Nijmegen), dem International Institute for Islam in the Modern World (Leiden), und am NIOD, dem Instituut voor oorlogs-, holocaust- en genocidestudies (Amsterdam) tätig. Zu ihren Interessensgebieten zählen unter anderem Antisemitismus und Diskriminierung und die Erinnerung an den Holocaust und den Völkermord.

evz FOUNDATION
REMEMBRANCE
RESPONSIBILITY
FUTURE

PEARS INSTITUTE
FOR THE STUDY OF
ANTISEMITISM

